



Die
Bundesregierung



Dokumentation

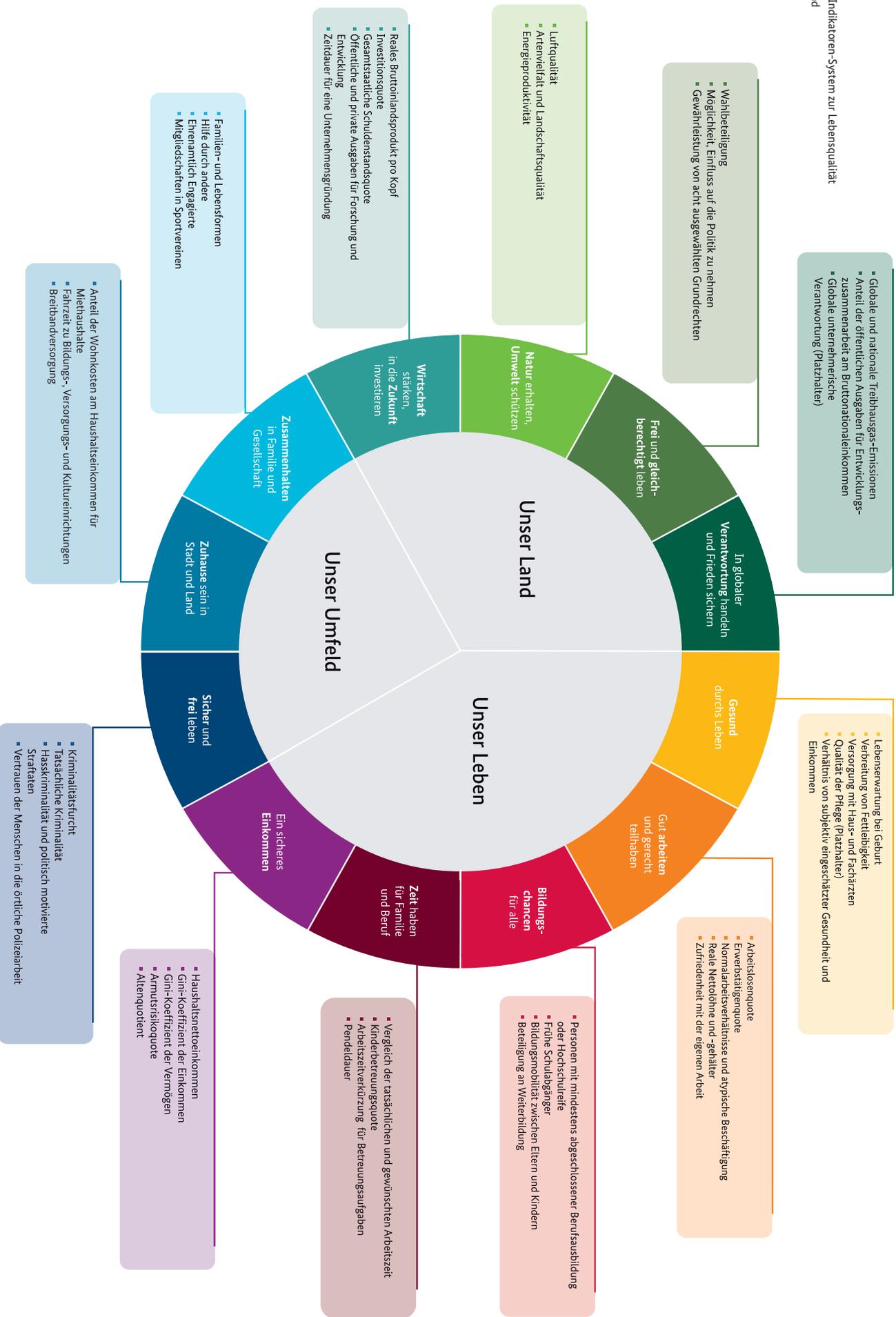
Regierungsstrategie zur Lebensqualität in Deutschland



Inhaltsverzeichnis

I. Hintergrund der Regierungsstrategie	5–11
1. Einordnung in Zeitgeschichte und Wissenschaftsdiskurs	5–6
2. Aktuelle Ansätze zur umfassenden Messung von Lebensqualität	6–10
3. Der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland im Kontext des Berichtswesens der Bundesregierung	10–11
II. Bürgerdialog der Bundesregierung	11–16
1. Bürgerdialog: Fragen, Ziele und Prozess.	11
2. Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.	12–14
3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer: soziodemografische Merkmale	15–16
III. Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs	17–29
1. Auswertungsmethode	17–20
2. Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung.	20–21
2.1 Oberkategorien von Lebensqualität.	21–28
2.2 Weitere Einsichten aus der wissenschaftlichen Analyse.	28–29
2.3 Wichtige Aspekte im Bürgerdialog	29
IV. Entwicklung eines Berichts und Indikatoren-Systems für Lebensqualität	30–37
1. Kriterien für die Auswahl der Indikatoren	30–33
2. Grundsätzliches zum Indikatoren-System	33
3. Verbesserung der Datenerfassung und Datenverarbeitung	34
Anhang	
A 1 Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats.	39–41
A 2 Bürgerdialog: Veranstaltungen	42–57
A 2.1 Begleitete Veranstaltungen.	42–46
A 2.2 Selbstständig durchgeführte Veranstaltungen	47–48
A 2.3 Bürgerdialoge der Bundeskanzlerin und Bundesministerien.	49–51
A 2.4 Beispielhafte Fotoprotokolle aus Dialogveranstaltungen	52–54
A 2.5 Rückmeldebogen	55–57
A 3 Bürgerdialog: Webseite, Postkarten und Coupons.	58–60
A 3.1 Screenshot Webseite	58
A 3.2 Postkarte und Coupon.	59–60
A 4 Links zu ausgewählten Indikatoren-Systemen.	61
A 5 Literaturverzeichnis	62–63
A 6 Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	64
A 7 Abkürzungsverzeichnis	65

Abbildung 1: Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland



Dokumentation zur Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“

Der erstmals vorgelegte Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland¹ gibt einen **Überblick über den Stand und die Entwicklung der Lebensqualität in Deutschland** (siehe auch Abbildung 1). Er soll den gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie die Lebensqualität erhalten und weiter gesteigert werden kann, anregen und der Politik einen Rahmen bieten, um ihre Maßnahmen zielorientiert auszuwählen und deren Wirkung an Hand der vorgelegten Indikatoren zu überprüfen.

Diese Dokumentation zur Regierungsstrategie beschreibt den Hintergrund der Regierungsstrategie (Kapitel I), den Prozess des Bürgerdialogs (Kapitel II), die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs² (Kapitel III) und den Weg vom Bürgerdialog zum Bericht und Indikatoren-System der Bundesregierung (Kapitel IV).

■ I. Hintergrund der Regierungsstrategie

■ 1.1 Einordnung in Zeitgeschichte und Wissenschaftsdiskurs

Was macht Lebensqualität, Wohlstand und Fortschritt aus? Wie können sie gemessen werden? Die Diskussion dieser Fragen geht weit ins 20. Jahrhundert zurück. Die Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und der 1930er Jahre machte deutlich, dass eine genaue Messung der wirtschaftlichen Entwicklung für die Politik nötig war. Nur so konnte man fundiert die Wirtschaftslage beurteilen, Anhaltspunkte für problematische Entwicklungen erhalten und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung von Krisen entwickeln. Dieser Aufgabe stellte sich u.a. der amerikanische Ökonom Simon Kuznets, der die **Grundlagen für die Erfassung der Wirtschaftsleistung eines Landes** mittels differenzierter Messkonzepte entwickelte.³ Der in Deutschland bekannteste Indikator hierfür ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Doch schon Kuznets warnte davor, allein die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als Indikator für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu interpretieren. Das BIP erfasst die Summe materiell-monetärer, nicht aber sozialer und ökologischer Entwicklungen. Es gibt auch keine Auskunft über die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das BIP ist und bleibt ein Kernindikator für die Gesamtlage eines Landes. Doch zeigt die Diskussion über die Vernachlässigung anderer Dimensionen von Lebensqualität die Grenzen des BIP deutlich auf.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die **Soziale Marktwirtschaft das Leitbild der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**. Ihr Ziel war und ist bis heute, individuelle Freiheit und Verantwortung, wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt sowie marktwirtschaftliche Ordnung und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Den größten Mangel zu überwinden und materielle Grundbedürfnisse zu decken – das stand in der Nachkriegszeit naturgemäß im Vordergrund. Mit steigendem Lebensstandard rückten immer mehr Aufgaben in den Fokus, die ein breiteres Verständnis von Wohlstand widerspiegeln. Der Ausbau des Sozialstaates, Bildungs- und Gesundheitswesens, die Vermögensbildung in allen Schichten, der Städtebau, die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, die Erschließung von Erholungsräumen und vieles andere mehr gewannen an Bedeutung.

Im Jahr 1967 führte die Bundesregierung unter dem Eindruck von Konjunkturschwäche und erstmals in der Nachkriegszeit steigender Arbeitslosigkeit mit dem **Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft** (StabG) eine erweiterte Zielbestimmung ein. Mit dem so genannten „Magischen Viereck“, das neben einem angemessenen Wirtschaftswachstum auch einen hohen Beschäftigungsstand, Preisstabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht forderte, sollte ein Steuerungsinstrument geschaffen werden, das eine gleichmäßige Wohlstandsentwicklung sichert. Instrumente wie die mittelfristige Finanzplanung gehen auf diese Zeit zurück. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wuchs zugleich das gesellschaftliche Problembewusstsein für politische, soziale und wirtschaftliche Fragen und mit ihr die aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Politik. Die neuen sozialen Bewegungen griffen neue Aspekte von Lebensqualität auf – von der Emanzipation der Frauen, über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, die Rechte von Jugendlichen, die Mitbestimmung in der Wirtschaft bis hin zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Umweltbewegung, die in den 1970er Jahren starken Zulauf bekam, kritisierte einen nicht nachhaltigen Naturverbrauch und forderte die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ zu, der 1972 im Auftrag des Club of Rome veröffentlicht wurde. Darin versuchten der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Dennis Meadows und seine Mitautoren zu berechnen, wie lange die natürlichen

Ressourcen der Erde ein weiteres Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zulassen würden.⁴ Meadows dramatische Prognosen und die Ölpreiskrise von 1973 trugen dazu bei, dass sich Wissenschaft, Gesellschaft und Politik verstärkt ökologischen Fragen zuwandten. Einmal mehr wurde deutlich, dass eine Fokussierung allein auf das BIP zu kurz greift, da es den Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nicht widerspiegelt.

Dieses Spannungsverhältnis wurde bald schon unter dem Begriff der Nachhaltigkeit diskutiert, der in den 1970er Jahren noch primär auf Ökologie und Umweltschutz bezogen wurde. 1987 weitete die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ unter der Leitung der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland mit ihrem Bericht an die Vereinten Nationen das **Konzept der Nachhaltigkeit** auf ökonomische und soziale Themen aus und definierte die Idee nachhaltiger Entwicklung als globale Politikstrategie.⁵ Diesen Prozess haben die Vereinten Nationen seitdem konsequent weiterverfolgt: Von der „Agenda 21“, die beim Weltgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992 beschlossen wurde, über die „Millennium Entwicklungsziele“ (MDG) des Jahres 2000 bis hin zur **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**⁶, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen 2015 verabschiedet hat. Mit ihren globalen „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable Development Goals - SDG) wurde eine weltweite, ganzheitliche, auf Indikatoren gestützte Agenda entworfen, zu deren Umsetzung sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat.

Dieser Nachhaltigkeitsdiskurs weist Überschneidungen zur Diskussion um Lebensqualität auf. Ein wesentlicher Unterschied besteht im Zeithorizont: Das Konzept der Nachhaltigkeit fragt nach den mittel- und langfristigen Folgen gegenwärtigen Handelns, nach der Zukunftsfähigkeit des heutigen Wohlstands und nach der Generationengerechtigkeit. Die Diskussion über Lebensqualität fokussiert stärker auf das Hier und Jetzt, auf die gegenwärtigen Bedürfnisse und Prioritäten der Menschen. Im Ansatz, den die Bundesregierung im Bericht zur Lebensqualität in Deutschland verfolgt, geht es zunächst um das Verständnis von Lebensqualität aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Eine dauerhaft hohe Lebensqualität ist aus Sicht der Bundesregierung aber nicht ohne Zukunftsorientierung zu erreichen. Dies spiegelt sich in ausgewählten Dimensionen und Indikatoren des Berichts wider.

Die Diskussion um die Dimensionen der Lebensqualität wurde von vielen **gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen** vorangetrieben, z.B. von den Gewerkschaften. Schon im Jahr 1972 beschäftigten sich die Teilnehmer einer internationalen Arbeitstagung der IG Metall unter dem Titel „Aufgabe Zukunft – Qualität des Lebens“ damit, wie technologischer Fortschritt zur Verbesserung der sozialen Lebensqualität beitragen kann.

Seit den 1990er Jahren rückte ein weiteres Themenfeld in den Fokus. Im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa, aber auch angesichts instabiler Demokratien und undemokratischer Regierungsformen in vielen Teilen der Welt wird verstärkt über **gute Regierungsführung** diskutiert. Die Fragen reichen von Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung bis hin zu politischer Teilhabe und Partizipation. International vergleichbare Indikatoren können in diesem Bereich eine besondere Rolle als Instrument der Transparenz und Rechenschaftspflicht von Regierungshandeln spielen.

Zugleich gewann die Diskussion um die Auswirkungen der **Globalisierung** mit einem stark wachsenden Volumen von Wirtschafts- und Finanztransaktionen an Bedeutung. Mit der internationalen Finanzmarktkrise traten seit 2008 die Fragen der privaten und der öffentlichen Verschuldung, der Stabilität der Kapitalmärkte und der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen noch einmal stärker ins Bewusstsein. Das Ziel, die freie Entfaltung eines fairen Wettbewerbs mit der breiten sozialen Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung zu verbinden – der normative Kern der Sozialen Marktwirtschaft –, bleibt gerade mit Blick auf die internationalen Verflechtungen Deutschlands eine herausragende aktuelle Herausforderung für eine hohe gesellschaftliche Lebensqualität.

■ 1.2 Aktuelle Ansätze zur umfassenden Messung von Lebensqualität

Parallel zum wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs vollzog sich eine Entwicklung in der **amtlichen Statistik**. In Deutschland hat das Statistische Bundesamt seit den 1970er Jahren neben klassischen Wirtschaftsindikatoren zunehmend Umwelt- und Sozialindikatoren erhoben und **in Ergänzung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) die Entwicklung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) und Sozioökonomischen Gesamtrechnung (SGR)** vorangetrieben. Während

die VGR die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Natur darstellt, ist Gegenstand der Sozialindikatoren-Forschung die Darstellung und Messung sozialer Strukturen und Prozesse, d.h. wichtiger nicht-materieller Dimensionen von Lebensqualität.

Politik und Gesellschaft steht somit eine **Vielzahl von Indikatoren** zur Verfügung, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Prozesse zu messen und Wechselwirkungen zu beschreiben. Indikatoren ermöglichen einen sachlichen Diskurs über die Dimensionen und Aspekte von Lebensqualität. Sie dienen als Orientierungsrahmen für politisches Handeln und als Kommunikationsinstrument für die Öffentlichkeit. Zugleich schaffen sie Transparenz über Fortschritte der Zielerreichung und sind damit auch Instrumente der Politik, um Rechenschaft abzulegen über ihr Handeln.

Während früher der Schwerpunkt auf themenspezifischen Indikatoren lag, werden in den letzten Jahren **ganzheitliche Indikatoren-Systeme** diskutiert, die ökonomische, ökologische und soziale Aspekte von Lebensqualität zusammenstellen. Vereinzelt fassen Staaten sämtliche Indikatoren von Lebensqualität sogar zu einer einzigen Messzahl zusammen, um den jährlichen Fortschritt bei der Lebensqualität auf einen Blick zu beschreiben.

Ein entscheidender Meilenstein für die Entwicklung von Indikatoren-Systemen war das „**Global Project on Measuring the Progress of Societies**“, das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und weiteren internationalen Organisationen initiiert wurde. Im Jahr 2007, während des zweiten Weltforums, unterzeichneten die Vereinten Nationen, die OECD, die Weltbank, die Europäische Union (EU) und viele weiteren Institutionen die „Istanbul Declaration“.⁷ Sie verpflichteten sich, die Messung von gesellschaftlichem Fortschritt und Lebensqualität voranzutreiben, dafür robuste statistische Daten und Indikatoren bereitzustellen und Vergleiche zwischen Ländern zu ermöglichen.

Zu erwähnen ist auch der Bericht der **Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission**, der im Auftrag des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy erstellt und 2009 veröffentlicht wurde.⁸ Die Kommission wurde von den Wirtschaftsnobelpreisträgern Joseph Stiglitz (USA) und Amartya Sen (Indien) sowie dem französischen Wirtschaftswissen-

schaftler Jean-Paul Fitoussi geleitet. Sie hatte die Aufgabe, die Grenzen des BIP als Wohlstandsindikator zu ermitteln und Möglichkeiten einer umfassenderen Wohlstandsmessung aufzuzeigen. Als wesentliche Bestandteile dafür wurden die drei Themenbereiche „Wirtschaftsleistung“, „Lebensqualität“ und „Nachhaltigkeit“ identifiziert und zwölf Empfehlungen formuliert. Unter anderem regte die Kommission an, die Perspektive der Haushalte sowie die Einkommens- und Vermögensverteilung stärker zu berücksichtigen und die unterschiedlichen, nicht-monetären Dimensionen von Lebensqualität (so z.B. Bildung, Gesundheit, soziale Beziehungen) einzubeziehen und messbar zu machen.

Neben diesen beiden Analysen bildeten weitere internationale Indikatoren-Systeme und Initiativen die Grundlage, auf der die Konzeption des vorliegenden Berichts zur Lebensqualität in Deutschland aufbauen konnte. Berücksichtigt wurden vor allem Folgende:

Human Development Index (1990)

Der „Index der menschlichen Entwicklung“ („Human Development Index“, HDI) wird seit 1990 im jährlichen Weltentwicklungsbericht (Human Development Report) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht.⁹ Er ist eine der frühesten Initiativen zur Messung eines breiteren Verständnisses von Entwicklung. Neben dem Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt der HDI Lebenserwartung und Bildungsdauer von der Schule bis zur Hochschule. Diese drei Komponenten werden bei der Aggregation zu einem Gesamtindex gleich gewichtet. Ziel des HDI ist es, den Gesamtzustand eines Landes zu beurteilen und international vergleichbar zu machen. Dabei reduziert sich der Index auf drei besonders wichtige Themen und stellt die Menschen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in den Fokus und nicht allein die Entwicklung der Wirtschaft.

Measures of Australia's Progress (2002)

Die „Messung von Australiens Fortschritt“ („Measures of Australia's Progress“) geht auf eine Initiative des Australischen Statistikamtes (ABS) zurück. 2002 wurde der erste Bericht des ABS publiziert, um der Öffentlichkeit Informationen über die Entwicklung der Lebensqualität in Australien zur Verfügung zu stellen. Seitdem erscheint jährlich eine Kurzversion, „At a Glance“, und alle drei Jahre ein detaillierter Bericht.¹⁰ Seit 2013 ist ein überarbeitetes Indikatoren-System Bestandteil des Berichts, der neben den

Abbildung 2: Aggregierter Index vs. Indikatoren-Systeme

Aggregierter Index	Indikatoren-System
<p>Bei einem aggregierten Wohlfahrtsindex werden ausgewählte Indikatoren normiert, gewichtet und zu einer einzigen Kenngröße zusammengefasst.</p>	<p>In einem Indikatoren-System stehen die ausgewählten Indikatoren gleichberechtigt nebeneinander und repräsentieren jeweils unterschiedliche Dimensionen von Lebensqualität.</p>
<p>Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Das Vorhandensein einer einzigen Kennzahl kann die Kommunikation in der Öffentlichkeit zuspitzen. ■ Anhand des Indexwerts kann im Vergleich zu Vorjahren eine Aussage darüber getroffen werden, ob sich die Lebensqualität eines Landes insgesamt positiv oder negativ entwickelt. ■ Ein Index bietet die Möglichkeit, den Stand der Lebensqualität in unterschiedlichen Ländern auf einen Blick miteinander zu vergleichen. 	<p>Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Indikatoren-Systeme bieten eine neutralere Basis für den politischen Diskurs, da im Gegensatz zum Index keine normative Gewichtung der einzelnen Indikatoren notwendig ist. ■ Während besonders wichtige Indikatoren, wie z.B. das BIP oder die Arbeitslosenquote in einem Index aufgehen, bleiben sie in einem Indikatoren-System als eigenständige Größe erkennbar. ■ Da sich politisches Handeln an einzelnen Dimensionen von Lebensqualität bzw. einzelnen Indikatoren orientiert, sind Indikatoren-Systeme praxisorientierter. ■ Mögliche Zielkonflikte zwischen einzelnen Dimensionen (wie etwa zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, Investitionen und Verschuldung) bleiben erkennbar.
<p>Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Die Gewichtung der einzelnen Indikatoren basiert auf normativen Entscheidungen und ist oft schwer nachzuvollziehen. ■ Ein Index impliziert die Substituierbarkeit verschiedener Teilaspekte von Lebensqualität (z.B. könnte eine Verschlechterung im Umweltbereich durch eine Verbesserung im Gesundheitsbereich ausgeglichen werden). ■ Informationen über die Entwicklung einzelner Dimensionen von Lebensqualität gehen verloren. ■ Geringe Robustheit: Werden Aggregationsregeln oder Gewichtungsfaktoren verändert, verändert sich meist auch das Ergebnis des Index. 	<p>Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Indikatoren-Systeme sind im Vergleich schwieriger zu kommunizieren und bedürfen der Priorisierung und Gewichtung, um eine Aussage darüber zu erlauben, wie sich die Lebensqualität eines Landes insgesamt entwickelt.

ursprünglichen Dimensionen „Gesellschaft“, „Umwelt“ und „Wirtschaft“ auch das Thema „Regierungsführung“ abbildet. Diese Erweiterung basiert auf einem Dialog mit Experten, organisierten gesellschaftlichen Gruppen und interessierten Bürgerinnen und Bürger. Das detaillierte Indikatoren-System umfasst über 100 Indikatoren.

Better Life Initiative, OECD (2011)

Die „Initiative für ein besseres Leben“ („Better Life Initiative“) der OECD ist ein Ergebnis des „Global Project“. Der „Index für ein besseres Leben“ („Better Life Index“)¹¹ umfasst elf Dimensionen (Wohnverhältnisse, Einkommen, Beschäftigung, Gemeinsinn, Bildung, Umwelt, Zivilengagement, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit, Verhältnis von Arbeits- und Freizeit). Eine interaktive Online-Plattform ermöglicht den Nutzern, Lebensqualität in verschiedenen Ländern anhand von interaktiven Karten zu vergleichen. Dimensionen können selbstständig gewichtet und damit ein individualisierter „Better Life Index“ erstellt werden. Die Dimensionen werden durch jeweils zwei bis vier Indikatoren gemessen, die jährlich aktualisiert werden. Der alle zwei Jahre erscheinende Bericht „How’s Life? Measuring Well-Being“¹² gibt anhand der elf Dimensionen einen Überblick über die Lebensqualität in OECD-Ländern und weiteren großen Volkswirtschaften. Schwerpunktthemen sind z.B. die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Lebensqualität der Menschen oder die Qualität der Beschäftigung. Die Better Life Initiative untermauert den Ansatz des „inklusive Wachstums“ der OECD, der davon ausgeht, dass die Wohlstandschancen insgesamt zunehmen, wenn eine möglichst große Zahl von Menschen über gute Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Integration verfügen.

Humankind Index für Schottland (2012)

Der „Menschheitsindex“ („Humankind Index“, HKI) wird seit 2012 jährlich von der Nicht-Regierungsorganisation Oxfam für Schottland veröffentlicht.¹³ Ziel des HKI ist es, politische Entscheidungsträger für die vielen Aspekte von Lebensqualität zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Politik auf Basis des HKI zu bewerten. Der HKI umfasst 18 Dimensionen, die im Rahmen eines Dialogprozesses entwickelt wurden und bezüglich Inhalt und Sprache sehr bürgernah formuliert sind. Jede Dimension wird durch einen Indikator gemessen und die Indikatoren werden zu einem Index aggregiert. Die 18 Dimensionen sind: Wohnen, Wohnumfeld, Gesundheit, Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit, soziale Beziehungen,

Sicherheit, Grünflächen, sichere und angemessene Arbeit, ausreichend finanzielle Mittel, finanzielle Stabilität, Kultur und Hobbies, wohnortnahe Versorgung, Bildung, Gemeinsinn, Verkehrssystem, Angebot an guten Dienstleistungen, Toleranz und subjektive Zufriedenheit.

Measuring National Well-Being, Vereinigtes Königreich (2012)

2010 startete das nationale britische Statistikamt sein Projekt, den nationalen Wohlstand zu messen („Measuring National Well-Being“) mit einem sechsmonatigen Dialogprozess, der Basis für die Entwicklung des Indikatoren-Systems war. Dieses umfasst 40 Indikatoren in 10 Dimensionen: persönliches Wohlergehen, unsere Beziehungen Gesundheit, was wir tun, wo wir leben, persönliche Finanzen, Bildung, gute Regierungsführung, Umwelt und Wirtschaft. Das britische Statistikamt veröffentlicht jährlich einen Bericht¹⁴ und stellt interaktive Angebote auf seiner Webseite¹⁵ bereit.

Il Benessere Equo e Sostenibile, Italien (2013)

Der „Bericht zu gerechtem und nachhaltigem Wohlstand“ („Il Benessere Equo e Sostenibile“)¹⁶ ist eine Initiative des italienischen Rats für Wirtschaft und Arbeit und des italienischen Statistikamtes. Das Indikatoren-System wurde 2011 bis 2013 unter Einbeziehung der Wissenschaft, organisierter gesellschaftlicher Akteure und der breiten Öffentlichkeit entwickelt. Es umfasst 134 Indikatoren in 12 Dimensionen (Gesundheit, Bildung, das Verhältnis von Arbeit und Freizeit, materieller Wohlstand, soziale Beziehungen, Politik und Institutionen, Sicherheit, subjektive Zufriedenheit, Landschaft und kulturelles Erbe, Umwelt, Forschung und Innovation, Infrastruktur).

Quality of Life, Eurostat (2015)

Im August 2009 stellte die Europäische Kommission in einer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament ihr Konzept für „Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ vor.¹⁷ 2015 veröffentlichte das Statistikamt der Europäischen Kommission (Eurostat) einen ersten Bericht zur Lebensqualität („Quality of life“).¹⁸ Er stellt die Entwicklung der Lebensqualität in der EU anhand von neun Dimensionen dar (materielle Lebensbedingungen, produktive Tätigkeit oder Haupttätigkeit, Gesundheit, Bildung, Freizeit und soziale Interaktion, wirtschaftliche und physische Sicherheit, Staatsführung und Grundrechte, natürliche Umgebung und Lebensumfeld sowie Lebenszufriedenheit). Eine Webseite informiert über die

Lebensqualität der Menschen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten.¹⁹ Jede Dimension wird sowohl durch einen objektiven als auch einen subjektiven Indikator abgebildet, z.B. beinhaltet die Dimension „Gesundheit“ die Indikatoren „Lebenserwartung bei Geburt“ und „selbst wahrgenommene Gesundheit“. Damit finden die subjektiven Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Indikatoren-System besonders starke Berücksichtigung.

In der **deutschen Diskussion** um Lebensqualität und ihre Messung und als Ausgangspunkt für den Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland sind zwei Arbeiten von besonderer Bedeutung:

Im Jahr 2010 veröffentlichten der **französische Conseil d'Analyse Économique (CAE)** und der **deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)** im Auftrag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eine gemeinsame Expertise. Sie knüpfte direkt an die Ergebnisse der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission an und stellte ein Indikatoren-System vor, das die drei Säulen „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Nachhaltigkeit“ sowie 25 Indikatoren umfasst.²⁰

In den Jahren 2011 bis 2013 befasste sich die **Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages** mit dem Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Eine Vielzahl von Experten diskutierte unter anderem den Stellenwert von Wachstum für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Möglichkeiten und Grenzen zur Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch technologischen Fortschritt. Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission von 2013 wurde mit den so genannten W3-Indikatoren ein Indikatoren-System zur Messung von Lebensqualität vorgestellt. Es besteht aus drei Säulen, „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ und „Ökologie“, und umfasst zehn Leitindikatoren, die durch neun zusätzliche „Warnlampen“ ergänzt werden. Diese Warnlampen, zu denen unter anderem die Vermögensverteilung, Unterbeschäftigung und die globalen Treibhausgas-Emissionen gehören, dienen als eine Art Frühwarnsystem für Entwicklungen, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken könnten.²¹

Sowohl national wie international lagen also eine Fülle von Diskussionen, Erfahrungen und Indikatoren-Systemen vor, auf die bei der Erarbeitung des Regierungsberichts zur

Lebensqualität in Deutschland zurückgegriffen werden konnte. Die Bundesregierung hat sich gleichwohl dafür entschieden, einen eigenen Ansatz zu verfolgen und nicht ein existierendes Indikatoren-System zu übernehmen. Der Grund hierfür liegt insbesondere im Verständnis der Bundesregierung von Lebensqualität und im Wert, den die Bundesregierung dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern als Ausgangspunkt eines Orientierungsrahmens für zukünftiges Handeln zuschreibt.

■ 1.3 Der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland im Kontext des Berichtswesens der Bundesregierung

Zur Darstellung, Begründung und Überprüfung ihres politischen Handelns hat die Bundesregierung ein ausdifferenziertes Berichtswesen zu ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragen entwickelt.

Der Jahreswirtschaftsbericht (JWB) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie legt die wirtschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung dar und stellt verlässliche gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten sowie eine amtliche Konjunkturprognose zur Verfügung. Im JWB nimmt die Bundesregierung auch Stellung zum jährlichen Gutachten des unabhängigen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das Bundesministerium der Finanzen legt darüber hinaus im mehrjährigen Abstand den Tragfähigkeitsbericht der öffentlichen Finanzen vor.

Mehrere Berichte, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Gesundheit vorlegen, analysieren die Lage in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen und widmen sich Schwerpunktthemen. Dazu gehören der Kinder- und Jugendbericht, Familienbericht, Gesundheitsbericht, Rentenbericht sowie der Armuts- und Reichtumsbericht. Im Umweltbericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, der wie die genannten Sozialberichte in der Regel einmal pro Legislaturperiode erscheint, legt die Bundesregierung Rechenschaft über den aktuellen Zustand der Umwelt in Deutschland sowie über ihre umweltpolitischen Ziele und Erfolge ab.²²

Neben diesen fach- und themenspezifischen Berichten hat beispielsweise das Berichtswesen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie²³ der Bundesregierung einen **ressort-**

übergreifenden Querschnittscharakter. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, staatliches Handeln an den Zielen und Kriterien für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise auszurichten. Es geht um die langfristige Tragfähigkeit von Entscheidungen, es geht um die gemeinsame Betrachtung von Umweltschutz, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten. Und es geht nicht zuletzt um die Beachtung der Auswirkungen unseres Handelns auf die Länder des Südens und die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten.

Mit dem Bericht und Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland ergänzt die Bundesregierung ihr differenziertes Berichtswesen um eine von Bürgerinnen und Bürgern ausgehende **Perspektive, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele verbindet.** Der Bericht zur Lebensqualität soll die Ressorts angesichts der weiterhin nötigen fachlichen Spezialisierung darin unterstützen, eine ganzheitliche Perspektive einzunehmen. Denn um eine Verbesserung im Bereich eines Indikators zu erreichen, ist in der Regel eine große Bandbreite von Maßnahmen aus verschiedensten Bereichen bzw. Ressorts nötig oder denkbar.

■ II. Bürgerdialog der Bundesregierung

Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben? Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus? Unter diesen Leitfragen hat die Bundesregierung die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ entwickelt.

■ 2.1 Bürgerdialog: Fragen, Ziele und Prozess

Jeder Mensch hat eine Vorstellung, was ein gutes Leben für ihn oder sie persönlich ausmacht. In einer Demokratie variieren diese Vorstellungen und zugleich bilden sich im Dialog gesellschaftliche Prioritäten heraus. Diese Vielfalt muss berücksichtigt werden, wenn es um die gesellschaftliche Lebensqualität geht. Was den Menschen wichtig ist, verändert sich kontinuierlich. So hat sich beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen oder den gestiegenen Anforderungen an die Mobilität der Arbeitnehmer in den letzten Jahrzehnten zunächst für Familien zu einem Balanceakt entwickelt und schließlich die Politik auf den Plan gerufen. Ebenso bringt die fortschreitende Digitalisierung

aller Lebensfelder für Bürger wie für Unternehmen völlig neue Aufgaben, Chancen und Risiken mit sich, die sich spiegelbildlich in politischem Handeln niederschlagen.

Um die Herausforderungen und Prioritäten in einer sich stetig wandelnden, lebendigen demokratischen Gesellschaft wahrzunehmen und darauf angemessen zu reagieren, ist es der Bundesregierung wichtig, mit den Bürgerinnen und Bürgern auf unterschiedlichen Wegen ins **Gespräch zu kommen.**

„Ich freue mich auf das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber, was gutes Leben für sie bedeutet. Was Menschen wichtig ist, muss Auftrag für unsere Politik sein.“

Angela Merkel

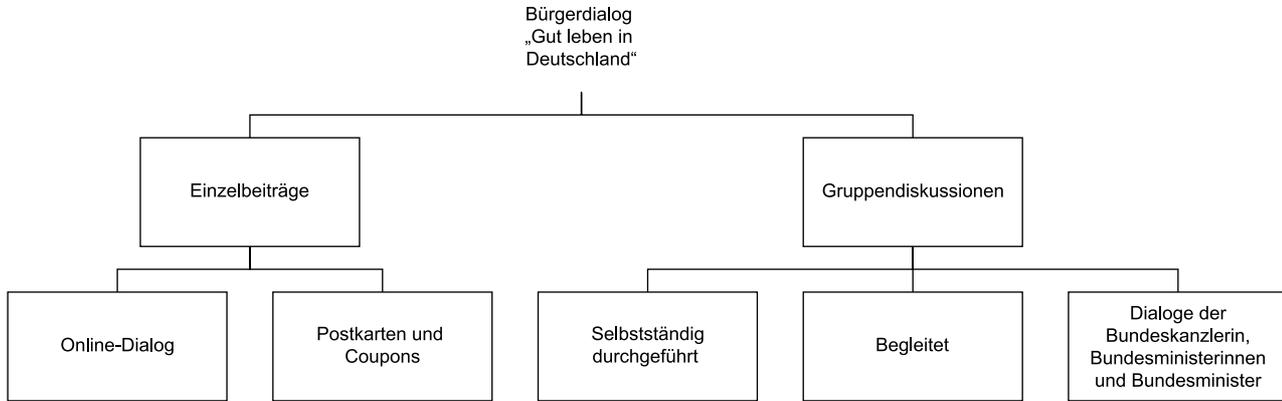
Geleitet von diesem Gedanken vereinbarten CDU, CSU und SPD im **Koalitionsvertrag** von 2013, ihr Regierungshandeln künftig noch **stärker daran zu orientieren, was den Menschen in Deutschland wichtig ist.**²⁴ Auf der Kabinettklausur in Meseberg beschloss die Bundesregierung im Januar 2014, einen Dialog mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern über ihr Verständnis von Lebensqualität in Deutschland zu führen. Die Bundeskanzlerin und alle Bundesministerinnen und Bundesminister haben an dieser Regierungsstrategie aktiv mitgewirkt und persönlich das Gespräch mit Bürgern gesucht.

„Ob gute Arbeit, Gesundheit oder Familie, Freunde und Zusammenhalt: Wir suchen die Debatte darüber, was wirklich zählt. Dafür wollen wir Politik machen.“

Sigmar Gabriel

Die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ wurde als **konsultativer Prozess** angelegt, an dem sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen können sollten. Der Prozess wurde ganz wesentlich **von den Bürgern in zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen.** Dies unterstreicht den partizipativen Charakter des Dialogs. Die Bundesregierung hat eine breite Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen eingeladen, um mit Hilfe dieser Multiplikatoren mit möglichst vielen unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen. Der Dialog über Lebensqualität in Deutschland war dadurch auch ein Dialog von **Bürgern für Bürger.** Der Bürgerdialog hat den Regierungsbericht und das Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland lebens- und praxisnah geprägt.

Abbildung 3: Die Formate des Bürgerdialogs im Überblick



■ 2.2 Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger

Im Dezember 2014 lud die Bundesregierung 58 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Dachverbände zur Teilnahme am Bürgerdialog ein. Darüber hinaus konnten sich bis zum Ende des Dialoges jederzeit weitere Vereine, Initiativen und Gruppen einbringen. Den offiziellen Startschuss zum Bürgerdialog gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am 13. April 2015 bei einer öffentlichen Diskussion in Berlin mit Veranstaltern der Dialoge.

Dank des Engagements einer Vielzahl von Stiftungen, Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen sowie zahlreichen Volkshochschulen fanden im ganzen Bundesgebiet 203 Dialogveranstaltungen statt. Um auch Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die eher selten oder gar nicht an politischen Veranstaltungen teilnehmen oder deren Interessen kaum organisiert sind,²⁵ wurden zielgruppennahe Partner gewonnen, z.B. eine Initiative für Straßenkinder, ein Gehörlosenverband oder die „Joblinge-Initiative“ für arbeitslose Jugendliche. Im Online-Dialog und im Rahmen von Postkarten- und Coupon-Aktionen brachten sich viele Tausend weitere Bürgerinnen und Bürger individuell ein. Insgesamt beteiligten sich mehr als 15.600 Bürgerinnen und Bürger am Bürgerdialog.

Bürgerdialog: Gruppendiskussionen

Von den zwischen April und Oktober 2015 insgesamt stattfindenden 203 Bürgerdialogen²⁶ wurden 153 Veranstaltungen von den Partnern selbständig organisiert. Zu 50 Veranstaltungen luden die Bundeskanzlerin sowie die Ministerinnen und Minister jeweils ein.

Für 106 der 153 von Bürgern organisierten Gruppendiskussionen stellte die Bundesregierung unabhängige Moderatoren zur Verfügung, die auch die Ergebnisse protokollierten.²⁷ Zusätzlich waren jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung anwesend, um möglichst vollständig das Meinungsspektrum zu erfassen. Bei der Auswahl dieser begleiteten Veranstaltungen achtete die Bundesregierung neben der Heterogenität der Veranstalter auf eine ausgewogene regionale Verteilung innerhalb Deutschlands sowie auf einen Mix aus Städten und ländlichen Regionen.

47 Bürgerdialoge organisierten, moderierten und protokollierten die Veranstalter selbstständig, hier nahmen keine Regierungsvertreter teil. Bei allen 153 Dialogveranstaltungen konnten die Partner frei entscheiden, wen sie einladen.

Abbildung 4: Podiumsdiskussion bei der Auftaktveranstaltung zum Bürgerdialog am 13. April 2015 in Berlin

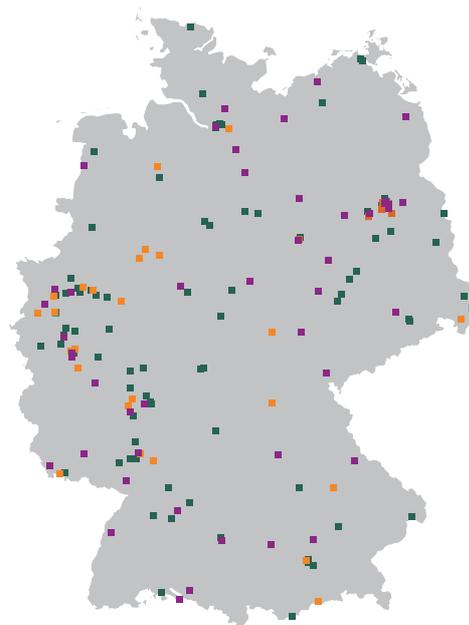


Die durchschnittlich dreistündigen Dialogveranstaltungen orientierten sich an standardisierten Vorgaben, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Kern der Diskussion waren folgende Fragen:

1. Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?
2. Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?

Während sich die Teilnehmenden in einem ersten Schritt auf ihr persönliches Leben konzentrierten (Frage eins) ging es im zweiten Schritt darum, gemeinsam die Voraussetzungen guter Lebensqualität für die ganze Gesellschaft zu diskutieren, und zwar möglichst konkret (Frage zwei). So konnten individuelle und gesellschaftliche Werthierarchien offengelegt werden, die durchaus Unterschiede aufwiesen.²⁸ Im Zuge der Diskussion wurden schließlich einzelne Themen vertieft, die die Bürgerinnen und Bürger selbst ausgewählt hatten.²⁹

Abbildung 5: Die Dialogorte



Veranstaltungstyp

- Begleitete Veranstaltungen
- Selbstständig durchgeführte Veranstaltungen
- Bürgerdialoge der Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen und Bundesminister

Abbildung 6: Tischdiskussion beim Bürgerdialog an der Freiherr-von-Schütz-Schule in Bad Camberg am 30. September 2015



Weitere 50 Bürgerdialoge fanden in Eigenverantwortung der Ressorts statt, bei denen die Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen oder Bundesminister mit Bürgerinnen und Bürgern diskutierten. Die Gestaltung und Durchführung dieser Dialoge oblag den Ministerien. Während einige die Leitthemen des Dialogs aufgriffen, setzten andere Themenschwerpunkte aus ihrem politischen Zuständigkeitsbereich.

Bundesweit beteiligten sich an 203 Dialogveranstaltungen insgesamt mehr als 8.600 Personen, durchschnittlich 42 Bürgerinnen und Bürger je Veranstaltung. Fast 3.000 Dialogteilnehmer nutzten die Möglichkeit, auf einem Rückmeldebogen zur Veranstaltung³⁰ die Themen und Anliegen festzuhalten, die aus ihrer Sicht nicht oder nicht ausreichend diskutiert wurden.

Bürgerdialog: Einzelbeiträge

Damit möglichst viele Menschen am Bürgerdialog teilnehmen konnten, gab es weitere, besonders **leicht zugängliche Beteiligungsformen**. Diese richteten sich an einzelne Bürgerinnen und Bürger.

Die Webseite www.gut-leben-in-deutschland.de informierte über Ziele und Hintergründe des Dialogs, Veranstaltungstermine sowie die wichtigsten Inhalte der Veranstaltungen. Mit Start des Bürgerdialogs am 13. April 2015 bot sie allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre **individuellen Antworten** zu den beiden Leitfragen *Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?* und *Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?* zu geben.³¹ 2.522 Bürgerinnen und Bürger³² nutzten diese Möglichkeit.

Um weitere Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, wurden Postkarten- und Coupon-Aktionen durchgeführt. Verteilt wurden die Postkarten beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 29.-30. August 2015 in Berlin, bei den Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in Frankfurt am Main vom 2.-4. Oktober 2015 sowie bei der Frankfurter Buchmesse vom 14.-18. Oktober 2015. Zusätzlich enthielt die Informationsbroschüre Deutschland aktuell (Ausgabe 4/2015) einen Antwortcoupon. Von den eingesandten Postkarten und Coupons konnten 4.571 in der Auswertung berücksichtigt werden.³³

Tabelle 1: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Dialogveranstaltungen

Dialogform	Anzahl Veranstaltungen	Anzahl Teilnehmende	Durchschnittliche Zahl der Teilnehmenden	Eingegangene Rückmeldebögen
Begleitete Veranstaltungen	106	3.753	35	2.153
Selbstständige Veranstaltungen	47	1.320	28	459
Ministerdialoge	50	3.548	71	387
Insgesamt	203	8.621	42	2.999

■ 2.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer: soziodemografische Merkmale

Bei den Online-Einzelbeiträgen, auf Postkarten, Coupons und Rückmeldebögen der Veranstaltungen wurden Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss erfragt. In allen Fällen waren die Angaben freiwillig. Online und auf Postkarten bzw. Coupons haben 75 Prozent der Teilnehmenden Angaben vollständig, weitere 15 bzw. elf Prozent teilweise gemacht. Von den rund 3.000 abgegebenen Rückmeldebögen enthielten 80 Prozent vollständige und zwölf Prozent unvollständige Angaben.

Die folgende Analyse der Teilnehmerstruktur des Bürgerdialogs beruht auf diesen **freiwillig gegebenen Daten, nicht auf der gesamten Teilnehmerschaft** des Bürgerdialogs.

Im Bürgerdialog waren alle Altersgruppen vertreten

Alle Altersgruppen haben sich am Bürgerdialog beteiligt. Die Wahl des Beteiligungsformats hing dabei stark mit dem Alter der Teilnehmenden zusammen.

Per Postkarte oder Coupon beteiligten sich besonders oft ältere Bürgerinnen und Bürger. Fast jeder vierte Bürger, der Postkarte oder Coupon nutzte, ist vor 1951 geboren. Auch bei den Gruppendiskussionen lag der Anteil der Älteren relativ hoch. Um die Beteiligung Jugendlicher an den Dialogveranstaltungen zu stärken, wurden besondere Veranstaltungen für die Zielgruppe angeboten.³⁴ Jüngere Teilnehmer nutzen vor allem das Online-Angebot. Jeder dritte Online-Teilnehmer ist nach 1980 geboren.

Frauen und Männer beteiligten sich ausgeglichen

Insgesamt haben sich nur geringfügig mehr Frauen an der Diskussion über „gutes Leben“ beteiligt als Männer.

Tabelle 2: Beteiligungsformate und Altersstruktur

Geburtsjahr	Insgesamt	Gruppendialog	Online-Dialog	Postkarte/Coupon
vor 1940	5%	3%	1%	8%
1940 - 1950	12%	11%	6%	16%
1951 - 1960	14%	18%	11%	13%
1961 - 1970	16%	18%	15%	16%
1971 - 1980	10%	10%	12%	8%
1981 - 1990	12%	12%	16%	8%
1991 - 2000	15%	19%	15%	12%
nach 2000	2%	0,2%	1%	3%
k. A.	16%	8%	22%	17%

Tabelle 3: Beteiligungsformate und Geschlechterstruktur

Geschlecht	Insgesamt	Gruppendialog	Online-Dialog	Postkarte/Coupon
Männlich	43%	46%	53%	35%
Weiblich	45%	45%	36%	50%
k. A.	12%	9%	11%	15%

Ist der Anteil zwischen Männern und Frauen in den Gruppendiskussionen nahezu identisch, ergibt sich bei den Einzelbeiträgen ein anderes Bild: Online beteiligten sich deutlich mehr Männer, bei Postkarten und Coupons dagegen mehr Frauen.

Teilnehmer haben mehrheitlich höhere Bildungsabschlüsse

Der überwiegende Teil der Dialogteilnehmer verfügt über einen hohen Bildungsabschluss, und zwar in allen Beteiligungsformaten.

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse ist beim Online-Dialog und bei den Gruppendialogen nahezu identisch. Die jeweils größte Gruppe stellten mit 41 Prozent die Teilnehmer, die über einen Hochschulabschluss oder einen Meister- oder Technikerabschluss verfügen. 26 Prozent gaben an, eine abgeschlossene Lehre bzw. die Hochschulreife zu haben. Nur sehr wenige Teilnehmer verfügen über einen mittleren oder niedrigeren Bildungsabschluss. Etwas höher lag dieser Anteil bei den Teilnehmern an der Postkarten- und Coupon-Aktion.

Heterogenität, nicht Repräsentativität

Über die Spannweite der Beteiligungsmöglichkeiten, die regionale Verteilung und die Verschiedenartigkeit der Partner konnte insgesamt im Bürgerdialog eine große Heterogenität der Teilnehmerschaft erzielt werden. Mit Blick auf den Bildungshintergrund sind formal gebildete Menschen überrepräsentiert. Da dies bei politischen Beteiligungsmöglichkeiten häufig der Fall ist, wurden von Anfang an verschiedene Wege zur Teilnahme angeboten und einige politikferne Zielgruppen mit der Hilfe von Partnern und durch teils angepasste Formate direkt zur Beteiligung ermutigt. So wurden Postkarten und Coupons von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigerer formaler Bildung sowie von älteren Teilnehmerinnen favorisiert, während die Online-Beteiligung vor allem von jüngeren und männlichen Teilnehmern genutzt wurde. Besonders ausgeglichen war die Teilnehmerstruktur bezüglich des Alters bei den Gruppen-Diskussionen.

Die Teilnehmerschaft wies zwar eine hohe Heterogenität auf. Diese kann jedoch nicht mit einer Repräsentativität für die deutsche Bevölkerung gleich gesetzt werden. Eine Repräsentativität der Ergebnisse des Dialogs hätte vorausgesetzt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Vorgabe von engen Kriterien gefiltert würden. Der Dialog sollte hingegen allen Interessierten offen stehen.

Tabelle 4: Beteiligungsformate und Bildungsabschluss

Bildungsabschluss	Insgesamt	Gruppendialog	Online-Dialog	Postkarte/Coupon
Kein Hauptschul- und kein Realschulabschluss	1%	1%	0,4%	1%
Haupt- bzw. Realschulabschluss und kein beruflicher Abschluss	8%	2%	3%	15%
Abgeschlossene Lehre/ Hochschulreife	26%	28%	26%	23%
Hochschulabschluss oder Meister/ Techniker	41%	45%	47%	35%
Schüler in Klasse 1 bis 10	2%	1%	2%	2%
Gymnasiale Oberstufe	4%	5%	8%	1%
k. A./ nicht zuzuordnen	17%	18%	13%	23%

■ III. Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs

Nach Abschluss des Bürgerdialogs lag eine Vielzahl von Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger in Form von Protokollen, Onlinebeiträgen, Postkarten und Coupons vor. Für die Analyse dieses umfangreichen wie unterschiedlichen Materials war der Bundesregierung wichtig, dass **jeder Beitrag und jede Antwort** gelesen und ausgewertet werden und dass diese Auswertung **neutral, unabhängig und transparent** sein würde. Daher vergab die Bundesregierung den Auftrag zur wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren. Durchgeführt wurde die Auswertung von der Arbeitsstelle für Kommunikationstheorie und Medienwirkungsforschung der Freien Universität Berlin und dem Software-Unternehmen CID GmbH aus Freigericht.

Im Folgenden wird die Methodik der Auswertung beschrieben (Kapitel III.1) und die wichtigsten Ergebnisse der quantitativen (Kapitel III.2) und qualitativen Analyse des Bürgerdialogs (Kapitel III.3) werden dargestellt. Eine Vertiefung erlaubt der Schlussbericht des Auswerters.³⁵

■ 3.1 Auswertungsmethode

Wesentliche Säulen der seitens der Bundesregierung vorgegebenen Auswertungs-Methodik war eine **Kategorisierung der Aussagen** der Bürgerinnen und Bürger auf Basis wissenschaftlicher Methoden und Prinzipien: Unabhängigkeit, intersubjektive Nachvollziehbarkeit, Gründlichkeit und Transparenz. Dieser qualitative Prozess wurde unterstützt von **modernster Textanalyse Software** (Text Mining Software), um dem Umfang und der Heterogenität der Datenmenge gerecht zu werden und um sicherzustellen, dass tatsächlich jede Aussage und Diskussion aufgenommen und in der Auswertung gleichermaßen berücksichtigt wurde.

Auch bei einem unabhängigen wissenschaftlichen Auswerter bleibt ein normativer Interpretationsspielraum bestehen. Dies zeigt sich beim Zuschnitt von Oberkategorien ebenso wie bei der Zuordnung von Themen und Meinungen zu Oberkategorien. Eine Auswertung ohne Rückgriff auf menschliches Lesen, Sortieren und Ordnen ausschließlich auf Software zu basieren, kommt jedoch bei dem derzeitigen Stand der Entwicklung von Programmen zur automatischen Textanalyse nicht in Frage. Diese erreicht bei differenzierten Meinungsäußerungen oder sprachlichen Stilmitteln, wie z.B. Ironisierung, deutliche Grenzen.³⁶

Um Transparenz bei der Auswertung zu schaffen und das umfangreiche Material für die weitere Auswertung beispielsweise durch die Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, werden die Meinungsäußerungen im Bürgerdialog nach Veröffentlichung des Berichts in anonymisierter Form der **Öffentlichkeit zugänglich** gemacht.

Exkurs: Beschreibung der wissenschaftlichen Auswertung

Im Folgenden wird das Vorgehen bei der wissenschaftlichen Auswertung Schritt für Schritt erläutert.

1. Schritt: Datenvorverarbeitung

Zur Kategorisierung aller von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geäußerten Meinungen und zur Identifikation der wichtigsten Ober- und Unterthemen von Lebensqualität wurden in einem ersten Schritt die heterogenen Materialien aus den unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten des Bürgerdialogs systematisch in einer Datenbank erfasst. Zur besseren Übersicht und aufgrund der Unterschiedlichkeit der Gewichte von individuellen Meinungen bzw. von Ergebnissen der Gruppendiskussionen wurden die Daten aus den Individual- und Gruppendialogen getrennt aufbereitet. Tabelle 5 gibt eine Übersicht über die erfassten Materialien und die dazugehörigen Analyseebenen.

Eine Sonderstellung nehmen die bei den Veranstaltungen verteilten **Rückmeldebögen** ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Dialogveranstaltungen wurden gebeten, **freiwillig Angaben** zu Geburtsjahr, Geschlecht und ihrem höchsten Bildungsabschluss zu machen. Zudem konnten sie Themen benennen, die ihrer Meinung nach im Bürgerdialog gefehlt haben oder zu kurz gekommen sind. Die soziodemografischen Angaben wurden zur Analyse der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises auf Gruppenebene aggregiert. Die Freitextangaben wurden als Einzelbeiträge behandelt und gingen in die Grundgesamtheit der verwertbaren Materialien auf Individualebene ein.

Um die Unterschiede im erhobenen Material (Umfang, Aggregation, inhaltliche Tiefe) zu berücksichtigen, wurden auf Individual- und Gruppenebene **getrennte Textkorpora** angelegt. Diese Ebenen wurden auch im weiteren Vorgehen getrennt voneinander analysiert und damit

Tabelle 5: Erfasste Daten und Analyseebenen des Bürgerdialogs

	Analyseebene	Erfasste Daten
Individualebene	Antworten im Online-Dialog	Antworttext zu Frage 1 und 2 (maximal 1.000 Zeichen) sowie Titel zu jeder Antwort (maximal 100 Zeichen)
	Postkarten und Coupons	Freitext zu Frage 1 und Frage 2
	Rückmeldebögen	Antwort auf Fragen „Welches Thema hat Ihnen gefehlt?“ und „Was ist zu kurz gekommen?“
	Soziodemografische Angaben	Freiwillige Angaben im Online-Dialog und auf Postkarten/Coupons zu Geburtsjahr, Geschlecht und höchstem Bildungsabschluss/Schulabschluss
Gruppenebene	Protokoll Ressortbegleiter	Standardisiertes Protokoll mit Angaben zur Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, prägnanten Zitaten und Aussagen, diskutierten Themenbereichen von Lebensqualität und konkretem Verständnis dieser Bereiche, Angaben zum Verlauf der Diskussion
	Protokoll Moderator	Dokumentation der Ergebnisse des Bürgerdialogs (verschriftlichte Fotoprotokolle)
	Kurzbericht Moderator	Angaben zur Veranstaltung, Gesamteindruck des Moderators zum Ablauf des Dialogs, zur Zusammensetzung des Teilnehmerkreises und methodische Bewertung
	Soziodemografie der Veranstaltung	Freiwillige Angaben auf Rückmeldebögen zu Geburtsjahr, Geschlecht und höchstem Bildungsabschluss

sichergestellt, dass die Meinungsäußerung einer Person nicht mit der Meinungsäußerung einer Gruppe gleichgestellt wurde.

2. Schritt: Datenbereinigung

Um die wichtigsten Themen von Lebensqualität mithilfe der Text Mining Software extrahieren zu können, war eine Datenbereinigung, das heißt die Entfernung so genannter Störwörter erforderlich. Dazu zählen die folgenden Worttypen:

- **Stoppwörter** kamen vor allem im Online-Dialog und auf Postkarten und Coupons häufig vor, haben jedoch keinen inhaltlichen Bezug zur Lebensqualität. Typische Stoppwörter sind Artikel oder Abkürzungen wie „z.T.“ oder „z.B.“
- **Prozesswörter** sind Wörter, die angesichts der Formulierung beider Leitfragen von Teilnehmern in ihren Antworten wiederholt und damit überdurchschnittlich häufig geäußert wurden. Typische Prozesswörter sind „Lebensqualität“ und „Deutschland“.
- **Umgebungswörter** sind umgangssprachliche Formulierungen und Redewendungen, die sehr häufig verwendet wurden. Sie haben keinen inhaltlichen Bezug zur Lebensqualität und sind vorwiegend allgemein gehalten. Typische Umgebungswörter sind „Ding“ oder „Sache“. Für die Sprachverarbeitung wurden die unterschiedlichen Störwörter identifiziert und aus den Analysen ausgeschlossen. Im nächsten Schritt wurden inhaltsgleiche Worte zu einer Wortgruppe zusammengefasst („die Familie“ „meine Familie“) und mit einem Alias („Familie“) versehen.

3. Schritt: Induktive Exploration und Ausarbeitung des Kategoriensystems

Nach der Datenbereinigung erfolgte eine erste induktive **Erschließung der Textkorpora** mit der Text Mining Software „Topic Analyst“.³⁷ Ziel war es, ein Kategoriensystem mit den wichtigsten Ober- und Unterthemen von Lebensqualität zu entwickeln. Die Exploration basierte zunächst auf den Antworten des Online-Dialogs, weil diese Daten weniger komplex als die Ergebnisse der Gruppendialoge waren und zu einem frühen Zeitpunkt bereitgestellt werden konnten. Zunächst wurden getrennt für Frage eins und Frage zwei Schlagwörter identifiziert, die den „Analysekorpus“ am besten charakterisieren. Hierbei handelt es sich meist um allgemeine Begriffe, welche die Teilnehmer des Bürgerdialogs mit Lebensqualität assoziiert haben. Um häufige und charakteristische Schlagwörter des Bürgerdialogs zu finden, wurden Verfahren der Frequenz- und Differenzanalyse miteinander kombiniert.

Mit der **Frequenzanalyse** wurden automatisiert die Schlagwörter ermittelt, die am häufigsten genannt wurden. Hierbei handelt es sich größtenteils um Substantive, die auf Grundform und Wortstamm reduziert wurden. Auf Basis der 70 am häufigsten genannten Wörter erfolgte eine **Differenzanalyse**, die besonders charakteristische Schlagwörter des Bürgerdialogs ermittelte. Hierzu wurden die beiden Analysekorpora der Individual- und Gruppenebene mit einem allgemeinsprachlichen „Referenzkorpus“ verglichen, der aus aktuellen deutschsprachigen Artikeln (Zeitraum vom 27. Dezember 2014 bis 30. Juli 2015) verschiedener regionaler und überregionaler Zeitungen bestand.³⁸ Kam ein Wort im Bürgerdialog gemessen am Referenzkorpus überdurchschnittlich häufig vor, so galt es als signifikant. Der Signifikanzwert ist umso höher, je häufiger ein Schlagwort im Analysekorpus relativ zum Referenzkorpus auftrat.³⁹ Worte, die gleichermaßen häufig im Bürgerdialog wie im allgemeinen Sprachgebrauch (d.h. im Referenzkorpus) vorkamen, erhielten einen vergleichsweise niedrigen Signifikanzwert. Mit Hilfe der Differenzanalyse wurden Worte und Themen identifiziert, die im Bürgerdialog im Vergleich zu anderen Worten und Themen zwar selten, im Vergleich zum Referenzkorpus jedoch überdurchschnittlich häufig vorkamen. Das betraf beispielsweise die Begriffe „Nachhaltigkeit“ und „Zeit“. Eine ausschließliche Betrachtung der Häufigkeiten hätte die relative Bedeutung dieser Worte übersehen. Mit Hilfe der **Signifikanzanalyse** wurden die Ergebnisse der Frequenzanalyse überprüft

und ergänzt, nicht ersetzt. Das heißt, oft genannte Begriffe wurden nicht allein deshalb abgewertet, weil sie im allgemeinen Sprachgebrauch häufig vorkommen.

Um **inhaltlich bedeutsame und trennscharfe Oberkategorien** auszuarbeiten sowie den **Einfluss subjektiver Wahrnehmungsfiler**⁴⁰ zu **minimieren**, wurden gängige Methoden der (manuellen) qualitativen Inhaltsanalyse miteinander kombiniert (so genannte Triangulation). Die häufigsten und signifikantesten Schlagwörter aus der Exploration wurden zu Oberkategorien verdichtet, indem bedeutungsähnliche und verwandte Schlagwörter (z.B. Schule, Ausbildung, Bildungssystem) zu einer Oberkategorie („Bildung“) zusammengefasst wurden. Die Zuordnung der häufigsten und signifikantesten Schlagwörter zu Oberkategorien wurde von mehreren Wissenschaftlern unabhängig voneinander vorgenommen. So konnte das Risiko minimiert werden, dass der sozioökonomische oder wissenschaftliche Hintergrund eines Bearbeiters die Zuordnung von Schlagwörtern beeinflusst. Der Abgleich der Zuordnungen zeigte einen hohen Grad an intersubjektiver Übereinstimmung⁴¹.

Die aus der Analyse des Online-Dialogs generierten **17 Oberkategorien** wurden anhand einer Stichprobe von Protokollen aus dem Gruppendialog **validiert**. Damit wurde sichergestellt, dass etwaige systematische Unterschiede zwischen Individual- und Gruppendialog in der Ausarbeitung des Kategoriensystems angemessen berücksichtigt wurden.

Zu späteren Zeitpunkten wurde das Material wiederholt stichprobenartig gesichtet. So konnten politisch aktuelle Themen (z.B. Flüchtlingskrise) oder thematische Interessen der Veranstalter, die erst im späteren Verlauf des Bürgerdialogs relevant wurden, ins Kategoriensystem einfließen. Mit dieser Routine wurde die Flexibilität und Lernfähigkeit des Kategoriensystems über den gesamten Analysezeitraum sichergestellt.

Das konkrete Verständnis der überwiegend abstrakten Oberkategorien wurde ebenfalls zunächst auf Basis der Antworten des Online-Dialogs ermittelt. Hierzu wurden für jede Oberkategorie stichprobenartig jeweils 50 Dokumente zu Frage eins und Frage zwei nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Zwei Wissenschaftler arbeiteten unabhängig voneinander am Material und identifizierten Unterthemen auf zwei Ebenen. Die zweite Ebene umfasste dabei eher allgemeine Aspekte, so genannte **Unterkategorien**, wohin-

gegen die dritte Ebene eher spezifischere Aspekte, so genannte **Unterfacetten**, abdeckte. Für die Oberkategorie „Arbeit“ wurde zum Beispiel auf der zweiten Ebene das engere Unterthema „Arbeitsbedingungen“ und spezifischer auf der dritten Ebene die Unterfacette „Leistungsdruck, Stress und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen“ identifiziert.

Es zeigte sich, dass ein Stichprobenumfang von 50 Dokumenten für die Ausdifferenzierung einer Oberkategorie ausreichte. Eine Sättigung wurde im Mittel bei etwa 35 Dokumenten erreicht. Danach kamen keine neuen Themenaspekte mehr auf. Die von den Wissenschaftlern unabhängig voneinander ausgearbeiteten Unterkategorien und Unterfacetten wurden abgeglichen und nach dem Konsensprinzip konsolidiert. Die Unterkategorien und Unterfacetten wurden möglichst neutral, d.h. weitgehend ohne implizite Wertungen benannt.

Nach der Ausdifferenzierung aller Oberkategorien erfolgte eine Überarbeitung des gesamten Kategoriensystems mit dem Ziel,

- mehrfach zugeordnete Unterkategorien und Unterfacetten eindeutig einer Oberkategorie zuzuordnen;
- redundante Unterkategorien und Unterfacetten zu löschen;
- nicht trennscharfe Unterkategorien und Unterfacetten besser abzugrenzen;
- die inhaltliche Bedeutung der Unterkategorien und Unterfacetten genauer zu beschreiben;
- Oberkategorien zu fusionieren bzw. aufzulösen, wenn spezifische Aspekte über mehrere Oberkategorien verteilt waren.

4. Schritt: Quantitative Inhaltsanalyse

Das einheitliche Kategoriensystem, das ausführlich in einem **Codebuch** dokumentiert wurde, bildete die Grundlage für die quantitative Inhaltsanalyse. Im Codebuch wurde jeder Oberkategorie, Unterkategorie und Unterfacette ein Zahlencode zugeordnet, um die Häufigkeit im Bürgerdialog quantifizieren zu können. Um jeden Beitrag im Dialog zu berücksichtigen und automatisierte Fehlzuweisungen zu vermeiden, hat der Auswerter **jeden Beitrag gelesen und codiert**. Die Analyse stützte sich also nicht nur auf eine automatische Auswertung durch Software. Denn zur Auswertung qualitativer Aussagen ist nach der-

zeitigem Stand der Software-Entwicklung eine Überprüfung durch Wissenschaftler noch nicht obsolet.

Dafür war eine intensive Schulung der Codierer entsprechend der gängigen Standards in der qualitativen Sozialforschung erforderlich. Die Mitarbeiter wurden dazu mit den allgemeinen Codier-Regeln, dem Codebuch und der Anwendung der Software vertraut gemacht. Besonderes Augenmerk galt der Sensibilisierung für scheinbar bedeutungsähnliche Unterkategorien, um Fehlzuweisungen zu vermeiden. In einem Pretest auf Basis einer statistisch belastbaren Stichprobe des Datenmaterials wurde im nächsten Schritt die **Verlässlichkeit (Reliabilität)** der Codierer getestet. Hierzu wurde eine so genannte Mastercodierung durch zwei erfahrene Wissenschaftler vorgenommen, mit denen die Codierungen aller Codierer abgeglichen wurden. Die Schulung der Codierer wurde solange fortgesetzt, bis alle eine Zuordnungssicherheit von mindestens 80 Prozent erreichten, und zwar auf allen drei Ebenen des Kategoriensystems, d.h. Oberkategorie, Unterkategorie und Unterfacette. Die Daten der Gruppen- und Individualebene wurden zufällig auf die Codierer verteilt. Um die Lernfähigkeit des Kategoriensystems über den gesamten Analysezeitraum sicherzustellen, wurden neue Aspekte in so genannten Themenspeichern gesammelt und bei häufiger Nennung als neue Unterkategorie oder Unterfacette aufgenommen.

Die Codierung von Individual- und Gruppenebene erfolgte auf Basis des einheitlichen Kategoriensystems, die quantitative Auswertung für jede Ebene getrennt.

■ 3.2 Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung

Der wissenschaftliche Auswerter unterscheidet in der Analyse nach den Antworten zur **persönlichen Lebensqualität** (Frage eins) und zur **Lebensqualität in Deutschland** (Frage zwei) sowie nach Antworten auf **Individual- und Gruppenebene**. Die Antworten auf die beiden Leitfragen im Online-Dialog, auf Postkarten und Coupons stellen Einzelbeiträge (Individualebene) dar. Die Protokolle der Moderatoren bzw. Veranstalter und der Begleiter aus den Ressorts wiederum bündeln und dokumentieren das Ergebnis einer mehrstufigen Gruppendiskussion (Gruppenebene). Hier musste – gemäß Konzeption – kein Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreicht werden. Ob ein genannter Aspekt von allen oder nur wenigen Teilnehmenden geteilt

wurde und von wie vielen, ist nicht bekannt. Es liegen daher vier getrennte Analysen für die vier verschiedenen Antwortmengen vor.

■ 3.2.1 Oberkategorien von Lebensqualität

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerdialogs haben die Fragen zur individuellen Lebensqualität und zur Lebensqualität in Deutschland in großer inhaltlicher Breite diskutiert. Der Auswerter hat die Aussagen der Bürger nach unterschiedlichen Detailebenen kategorisiert. Die quantitative Inhaltsanalyse ergab 17 „Oberkategorien“, d.h. größere Themenkomplexe, die in 141 „Unterkategorien“ und diese nochmals in insgesamt 255 „Unterfacetten“ näher beschrieben werden.⁴² Für die Oberkategorie „Arbeit“ wurde zum Beispiel auf der zweiten Ebene das engere Unterthema „Arbeitsbedingungen“ und spezifischer auf der dritten Ebene die Unterfacette „Leistungsdruck, Stress und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen“ identifiziert.

Um eine Aussage über die **Relevanz der Oberkategorien** im Bürgerdialog treffen zu können, wurden diese grob eingeteilt: Unterschieden werden Oberkategorien danach, ob sie im vorderen, mittleren oder unteren Feld gelandet sind. Hierfür wurden die Oberkategorien für jede der vier Antwortmengen in eine Rangfolge gebracht, die auf der **Anzahl der Nennungen** zu dieser Oberkategorie basiert.⁴³ Zur besseren Veranschaulichung folgendes Beispiel: Ein Teilnehmer verband mit Lebensqualität in Deutschland „eine sinnstiftende Aufgabe“ sowie „eine angemessene Bezahlung“. Die genannten Aspekte werden als zwei Nennungen in der Oberkategorie „Arbeit“ gezählt und zur absoluten Anzahl an Nennungen in Verhältnis gesetzt.

Die aus den getrennten Auswertungen resultierenden **vier Rangfolgen** (für beide Fragen und beide Dialogformen) wurden aufaddiert und dann geordnet in die folgende Gesamtübersicht überführt.

Die nachfolgende Beschreibung fasst das qualitative Verständnis von Lebensqualität zusammen, wie es sich **durch die wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs** in 17 Oberkategorien, 141 Unterkategorien und 255 Unterfacetten darstellt.⁴⁴

Abbildung 7: Die 17 Oberkategorien des Bürgerdialogs



Gesundheit

Mit großer Deutlichkeit war für die Teilnehmer **„Gesundheit“** das wichtigste Thema für die Lebensqualität, allen voran die eigene Gesundheit. Gesund durchs Leben zu gehen – die Verantwortung hierfür sahen die Teilnehmer gleichermaßen bei sich selbst wie auch in einem gut ausgestatteten und organisierten Gesundheitssystem.

Innerhalb dieser Oberkategorie sind die **Ausgestaltung des Gesundheitssystems**, das **Angebot der medizinischen Versorgung** und der **Zugang zu Gesundheitsleistungen** die drei wichtigsten Aspekte⁴⁵, die sich inhaltlich teilweise überschneiden. Die Bürgerinnen und Bürger zeigten sich mehrheitlich zufrieden mit dem Gesundheitssystem und befürworteten den universellen Zugang zur Krankenversicherung in Deutschland. Die individuell zu tragenden Gesundheitskosten sahen sie allerdings kritisch. Neben dem Zugang zu qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen und einer guten ärztlichen Versorgung in der Stadt und auf dem Land, nannten viele Teilnehmer kürzere Wartezeiten, insbesondere auf Termine bei Fachärzten als wichtige Lebensqualität ausmachende Faktoren. Qualität bedeutete für die Menschen auch, dass sich der Arzt für den Patienten mehr Zeit nimmt. Als ungerecht empfanden viele die Trennung von privat und gesetzlich Versicherten, konkret die Unterschiede in der Versorgung oder in den Wartezeiten auf Facharzttermine. Die Menschen waren bereit, individuell für ein gesundes Leben vorzusorgen, etwa indem sie Sport treiben und sich ausgewogen ernähren.

Die **Pflege** gehörte zwar nicht zu den wichtigsten Themen, allerdings wurde der Bedarf für eine qualitativ hochwertige Versorgung ambulant und stationär festgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger stellten vielfache **Querbezüge** beispielsweise zum Thema „Umwelt und Nachhaltigkeit“ her: Sie wollen in einer Umwelt leben, die Gesundheit fördert und nicht krank macht, d.h. keine Schadstoffbelastung von Luft und Lebensmitteln, eine gute Wasserqualität und wenig Lärm. Die Aspekte Lebensmittelsicherheit und gesunde Ernährung wurden ebenfalls breit diskutiert. Die Menschen wollten sich auf eine gute Qualität der Lebensmittel verlassen, vereinzelt wurden genmanipulierte und schadstoffbelastete Lebensmittel abgelehnt und eine bessere Kennzeichnung von Inhaltsstoffen gefordert.

Arbeit

Auch **„Arbeit“** befand sich im oberen Feld wichtiger Themen. In dieser Oberkategorie waren besonders wichtige Aspekte die **Höhe der Bezahlung**, die **Sicherheit des Arbeitsplatzes** und **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt**. Die Diskussion erstreckte sich von klassischen Arbeitnehmerinteressen wie Beschäftigungssicherheit, gute Bezahlung und Arbeitszeiten über moderne Arbeitsorganisation bis hin zur Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit. Die Höhe der Bezahlung wurde häufig angesprochen. Diese solle gerecht und angemessen sein und den Menschen ein auskömmliches Leben ermöglichen. Konkret wurde über den Mindestlohn gesprochen. Dieser wurde von der Mehrheit der Diskutanten befürwortet. Der Arbeitsmarkt solle ausreichend viele und vor allem sichere Arbeitsplätze bereithalten sowie vergleichbare berufliche Chancen und Perspektiven für unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Frauen, Menschen mit Behinderungen und Migranten) eröffnen.

Arbeit wurde jedoch nicht nur als Mittel zum Zweck gesehen. Die Menschen wollen mit ihrer eigenen Tätigkeit zufrieden sein, einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten und sich selbst verwirklichen. Aspekte wie die **Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit** oder **Arbeit als Sinnstiftung** waren insbesondere für die persönliche Lebensqualität wichtig.

In verschiedenen Zusammenhängen wurde der Wunsch nach einer ausgewogenen **Balance von Beruf, Familie und Freizeit** thematisiert. Für diese persönlich wichtigen Lebensbereiche wollen die Menschen ausreichend Zeit haben.

Freiheit

„Freiheit“ wurde im Bürgerdialog ebenfalls sehr intensiv diskutiert. Rund zwei Drittel aller Antworten in dieser Oberkategorie entfielen auf den Schutz der freiheitsbezogenen Grundrechte. Die Teilnehmer schätzen insbesondere das Recht, sich frei entfalten zu können, und genießen die persönliche Freiheit, eigene Lebensziele verfolgen zu können. Beides wurde von den Bürgerinnen und Bürgern mit einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Leben assoziiert.

Dass man in Deutschland seine Meinung frei äußern kann, wurde von den Menschen ebenfalls hoch eingeschätzt. Die **Meinungs- und Informationsfreiheit** zählt mit Blick auf den gesamten Bürgerdialog sogar zu den wichtigsten Aspekten von Lebensqualität. Auch mehrheitlich positiv, aber seltener wurden Pressefreiheit, Glaubens- und Religionsfreiheit sowie Reisefreiheit und -freizügigkeit angesprochen. Als großen Wert beurteilten die Bürgerinnen und Bürger hier vor allem den Schengen-Raum.

Die **Vielzahl an Vorschriften, Regelungen und Gesetzen** wurden hingegen als **Einschränkung** von Freiheit und Bevormundung durch den Staat empfunden. Konkret wurde ein Abbau von Regeln und Bürokratie gefordert. Auch die Überwachungsmaßnahmen des Staates wurden als Einschränkung der persönlichen Freiheit bewertet, dazu zählten sie die Vorratsdatenspeicherung oder das Abhören von Telefongesprächen. In den Gruppendialogen wurde häufig der **Datenschutz** angesprochen, verbunden mit der Sorge, dass die persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger von Unternehmen missbraucht werden. Vereinzelt wurde der **Balanceakt zwischen Freiheit und Sicherheit** thematisiert.

Innere und äußere Sicherheit

Vom globalen Frieden bis zur individuellen Sicherheit – auch „**innere und äußere Sicherheit**“ gehörte zu den am häufigsten diskutierten Themen im Dialog.⁴⁶ Vor allem sprachen die Menschen über **Frieden**, einen **funktionierenden Rechtsstaat** und das **individuelle Gefühl von Sicherheit**.

Frieden war im gesamten Dialog der Aspekt von Lebensqualität, der für die Bürgerinnen und Bürger am wichtigsten war. Er reicht von der Bewahrung des Friedens im eigenen Land bis hin zu Deutschlands Einsatz für Frieden in der Welt. Damit eng verbunden wurden Deutschlands gute diplomatische Beziehungen zu den Nachbarländern und zu wichtigen internationalen Partnern wie den Vereinigten Staaten von Amerika gesehen. Beim Thema Frieden zeigte sich ein starker Bezug zur aktuellen politischen Situation während des Bürgerdialogs, insbesondere zur Flüchtlingskrise und ihren Ursachen.

Ein **funktionierender Rechtsstaat**, der Rechte schützt und Gesetze durchsetzt, darauf wollen sich die Menschen verlassen können. Vereinzelt wurde ein härteres Durchgreifen der Justiz bei der Ahndung von Straftaten gefordert.

Sich im eigenen (Wohn-)Umfeld sicher zu fühlen und sich frei bewegen zu können, das empfinden die Menschen als ein wichtiges Gut. Das **individuelle Gefühl von Sicherheit** war bei der Mehrheit der Teilnehmer, die sich hierzu äußerten, gegeben. Neben der subjektiv gefühlten Sicherheit wurde auch der **Schutz vor Kriminalität** – sei es vor Gewaltverbrechen, Einbruch oder Diebstahl – angesprochen. Vor allem eine technisch und personell gut ausgestattete Polizei kann aus Sicht der Bürger diesen Schutz bieten. Einzelne Teilnehmer forderten mehr Polizeipräsenz in ländlichen Gebieten und in Grenzregionen. Eine zunehmend empfundene Bedrohung durch Kriminelle kam vereinzelt ebenso zur Sprache wie die Angst vor extremistischen und terroristischen Anschlägen, insbesondere von Rechtsextremisten, aber auch von Islamisten.

Toleranz und Integration

Die Oberkategorie „**Toleranz und Integration**“ ist ebenfalls im oberen Feld wichtiger Themen. Schwerpunkt der Beiträge war der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Zusammenleben. Diskutiert wurde vor allem über **Toleranz zwischen gesellschaftlichen Gruppen**, konkret über die **Willkommenskultur** und **Integration**, aber auch über **Werte und Normen**, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, zum Beispiel Solidarität und Hilfsbereitschaft sowie Respekt und Rücksichtnahme. Tolerant und offen zu sein für andere Lebensmodelle, zum Beispiel andere Weltanschauungen, Religionen und Meinungen zu tolerieren sowie gleichgeschlechtliche Partnerschaften, diese Aspekte sind für viele Teilnehmer wichtige Voraussetzungen für eine tolerante Gesellschaft. Aus Sicht einiger Bürger könnten Bildung und öffentliche Aufklärung zu mehr Verständnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen beitragen.

Das Thema **Willkommenskultur und Integration** wurde im Dialog nicht nur, aber sehr intensiv in Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation diskutiert. Hier lagen die Meinungen sehr weit auseinander. Mehrheitlich haben die Teilnehmer der Aufnahme von Flüchtlingen begrüßt. Deutschland solle den Zugewanderten mit Gastfreundschaft begegnen und sie in die Gesellschaft integrieren. Eine zunehmend negative Stimmung gegenüber Flüchtlingen in Deutschland wurde von einigen mit Sorge betrachtet. Andere Teilnehmer standen der Aufnahme von Flüchtlingen ablehnend gegenüber und stellten in Frage, dass sich die Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft integrieren wollen.

Im Verlauf des Dialogs führte der starke Anstieg der Flücht-

lingszahlen im Spätsommer und Herbst des Jahres 2015 zu einer erkennbar stärkeren und teilweise kontroversen Auseinandersetzung der Teilnehmer mit dem Thema.

Sowohl in der Oberkategorien „Toleranz und Integration“ wie auch „Kultur“ finden sich sehr konkrete Vorstellungen der Dialogteilnehmer zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Diese haben häufig einen direkten Bezug zum **aktuellen Flüchtlingsthema** und sprechen vor allem Integration und Willkommenskultur, Ängste vor Überfremdung und Sorgen um die Bewahrung der deutschen Kultur an.

Gerechtigkeit

Die Oberkategorie „**Gerechtigkeit**“ lag im mittleren Feld der wichtigen Themen und hatte vielfache Querbeziehungen zu anderen Themen. Die Teilnehmer sprachen insbesondere über eine **gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen, gerechte Aufstiegschancen** und die **rechtliche Gleichstellung** verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.

Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland wurde von der Mehrheit der Teilnehmer kritisiert. Die Schere zwischen arm und reich wurde mehrheitlich als besorgniserregend empfunden. Eng damit verbunden waren Forderungen nach mehr Umverteilung.

Gerechte Aufstiegschancen bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger, dass jeder in Deutschland die Möglichkeit haben soll, etwas aus seinem Leben zu machen – hier besteht ein enger Bezug zur „Chancengleichheit im Bildungssystem“. Das Thema **Gleichstellung** wurde meist allgemein angesprochen, zum Beispiel in Bezug auf die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau und die Nichtdiskriminierung von Homosexuellen. Letztere wurde insbesondere von jüngeren Teilnehmern gefordert. Die Gleichstellung der von Mann und Frau wurde auch in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt diskutiert, z.B. eine gleiche Bezahlung unabhängig vom Geschlecht oder eine Frauenquote. Für Menschen mit Behinderungen wurde häufig die Barrierefreiheit im Alltag gefordert, sei es in öffentlichen Einrichtungen, bei Veranstaltungen oder beim Sport.

Steuergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit kamen eher selten zur Sprache. Ältere Generationen sollten nicht auf Kosten der jüngeren Generation leben. Zugleich solle

sich die jüngere Generation bewusst machen, was die Eltern- und Großelterngeneration geleistet habe.

Bildung

„**Bildung**“ lag im Mittelfeld aller diskutierten Themen. Sie wurde deutlich häufiger in Gruppenveranstaltungen als im Online-Dialog angesprochen. Zu den wichtigsten Aspekten gehörten die **Chancengleichheit im Bildungssystem**, die **Ausgestaltung des Schulsystems** und **Lernstoff und Lerninhalte**, die **in der Schule** vermittelt werden sollen.

In allen Diskussionen über Bildung war es das zentrale Anliegen, dass der **Zugang zu guter Bildung allen Kindern offenstehen solle**, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und dem sozio-ökonomischen Status der Eltern. Vielen war wichtig, dass in der Schule **lebenspraktische Lerninhalte** von gut ausgebildeten Lehrkräften vermittelt würden. Eine moderne und vielfältige Didaktik solle die Kreativität der Schüler fördern und auch lebenspraktische Lerninhalte vermitteln: von Kenntnissen über wirtschaftliche Themen (z.B. Steuern) über Alltagsfertigkeiten bis hin zum Umgang mit sozialen und neuen Medien. Mehr Investitionen in Bildung wurden gefordert, vor allem für eine bessere Ausstattung der Schulen und mehr Lehrpersonal.

Häufig kritisiert wurde der **Bildungsföderalismus** in Deutschland, allen voran die unterschiedlichen Leistungsniveaus und fehlende Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern. Einige Teilnehmer sprachen sich für eine Reform der Schul- und Prüfungsstrukturen und eine stärkere Vereinheitlichung von Lerninhalten aus. Vereinzelt wurde aber auch eine gewisse **Reformmüdigkeit** erkennbar und der Wunsch einer besseren Planbarkeit geäußert.

Eher selten kam eine auch finanzielle Förderung und höhere Wertschätzung der beruflichen Bildung neben der Hochschulbildung sowie mehr Qualität in der Hochschulbildung zur Sprache. Deutlich war wiederum: Bildung hört für die Menschen nicht mit dem Berufs- oder Hochschulabschluss auf. Sie schätzen die Möglichkeit, **lebenslang zu lernen** und sich in allen Lebensphasen weiterbilden zu können.

Demokratie und politischer Prozess

Die Oberkategorie „**Demokratie und politischer Prozess**“ lag ebenfalls im Mittelfeld und wurde von den Bürgerinnen und Bürgern weniger mit Blick auf die persönliche, sondern auf die allgemeine Lebensqualität in Deutschland diskutiert. Besonders häufig kamen der **Politikstil**, die **politische Partizipation** und **Politikinhalt** zur Sprache.

Bezogen auf den **Politikstil** wünschten sich die Teilnehmer ehrliche, unabhängige Politiker, die auf die Belange des Bürgers eingehen und sich den tatsächlichen Problemen der Menschen zuwenden. Dazu gehört auch, dass Politiker ihr Handeln und ihre Entscheidungen besser erklären, da Politik als zunehmend kompliziert wahrgenommen wird. Eng mit dem Politikstil verbunden waren Forderungen nach einer unabhängigen und transparenten Politik, die nicht von Interessenverbänden bestimmt werde.⁴⁷

Auch was die **Politikinhalt** anbetrifft sollten sich Politiker in ihren Entscheidungen weniger an den Interessen der Wirtschaft, sondern am Willen des Volkes orientieren. Entscheidungsprozesse sollten transparent sein und Kontinuität anstelle kurzfristiger Entscheidungen treten, die sich vornehmlich an der aktuellen Stimmung oder dem Wahlzyklus orientierten.

Politische Partizipation, sich aktiv in den politischen Prozess einzubringen, war den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wichtig wie die Möglichkeit, mitzubestimmen und Politik zu kontrollieren. Konkret ging es um die Stärkung der direkten Demokratie etwa durch Volksentscheide auf Bundesebene. Kontroversen rief das Thema europäische Einheit hervor: Das Meinungsspektrum reichte von der EU als Friedensgarant bis hin zu mehr Unabhängigkeit Deutschlands von der EU.

Umwelt und Nachhaltigkeit

Auch im Mittelfeld lag die Oberkategorie „**Umwelt und Nachhaltigkeit**“. Die Diskussionen zeigten eine hohe inhaltliche Nähe zu „Infrastruktur und Verkehr“. Eine herausgehobene Stellung hatten die Aspekte **intakte Natur**, der **Schutz von Umwelt und Ressourcen** und **umweltbewusstes Leben und Wirtschaften**.

Eine **intakte Natur** verbanden die Menschen mit gesun-

den Wäldern, sauberen Gewässern, einer guten Luftqualität, Stadtparks und Naherholungsgebieten. Die Diskussion über den Schutz von Umwelt und Ressourcen beleuchtete konkret den Artenschutz und die Biodiversität, die artgerechte Haltung von Tieren und den Schutz von Wasser- und Luftqualität. Die Teilnehmer stellten hier auch Bezüge zwischen Umweltbelastungen und der eigenen Gesundheit her.

Umweltbewusstes Leben und Wirtschaften bedeutet für die Teilnehmer zuallererst verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen. Diese Verantwortung wurde nicht nur bei Unternehmen angemahnt, sondern auch in Form eines nachhaltigen Konsums auf Seiten der Verbraucher. Konkret diskutiert wurde, weniger Fleisch zu essen, mehr regionale und nachhaltig produzierte Lebensmittel zu kaufen sowie die Wegwerfkultur zu überwinden. Bei den **erneuerbaren Energien** ging das Meinungsspektrum auseinander. Eine Förderung alternativer Energiequellen wurde mehrheitlich positiv bewertet, von einigen Teilnehmern aber auch dezidiert abgelehnt, z.B. aufgrund der teils starken Verbreitung von Windrädern. Einige forderten Maßnahmen zur Begrenzung des Autoverkehrs.

Soziale Beziehungen

Die Oberkategorie „**Soziale Beziehungen**“ beschreibt das menschliche Zusammenleben und das soziale Netz, in das jeder Einzelne eingebunden ist. Das sind nicht nur die Beziehungen zum eigenen Partner, sondern auch zu Freunden, Kollegen und Nachbarn. Besonders wichtig waren den Teilnehmern die Themen **soziales Engagement**, **Freunde** sowie **Kommunikation und Austausch**.

Das **soziale und ehrenamtliche Engagement** bereichert das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland und steigert auch die Lebensqualität derer, die sich aktiv einbringen. Eng damit verbunden ist die Mitgliedschaft in Vereinen (z.B. Sport- oder Brauchtumsvereine) oder in Parteien und Glaubensgemeinschaften. In Gemeinschaften aktiv zu sein, hat für viele Menschen eine wichtige soziale und sinnstiftende Funktion.

Freunden wurde vor allem für die persönliche Lebenszufriedenheit eine hohe Bedeutung beigemessen. Für die Pflege der Freundschaften wünschten sich die Teilnehmer mehr Zeit. Ein funktionierendes Miteinander erfordert **Kommunikation und gewisse Regeln des Umgangs** mit-

einander. Dazu gehören sich zuzuhören, Freundlichkeit und Respekt im täglichen Miteinander, und zwar nicht nur in der Begegnung mit vertrauten Personen, sondern auch gegenüber Unbekannten wie der Verkäuferin im Geschäft oder dem Busfahrer. Soziale Beziehungen und die Familie geben dem Einzelnen ein Gefühl der Zugehörigkeit und sind Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Infrastruktur und Verkehr

Ebenfalls im Mittelfeld lag die Oberkategorie „**Infrastruktur und Verkehr**“, die einen Fokus auf die Bereitstellung und den Erhalt von Infrastruktur aufwies und Bezugspunkte zu „Umwelt und Nachhaltigkeit“ hatte. Besonders intensiv wurde über **Wohnen**, insbesondere über bezahlbaren Wohnraum, eine **funktionierende Verwaltung** und das **Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs** (ÖPNV) diskutiert.

Wohnen war für die Bürgerinnen und Bürger hierbei das dominante Thema. Vertieft wurde über Investitionen in den Wohnungsneubau und die Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für Familien mit Kindern und Geringverdiener, sowie über die Qualität des Wohnraums diskutiert.

Ebenfalls wichtig war den Menschen eine **funktionierende Verwaltung**, die effizient, unbürokratisch und bürger-nah arbeitet. Hohe Bedeutung wurde dem **Angebot im ÖPNV** beigemessen. Vor allem im ländlichen Raum wurde der ÖPNV jedoch für die schlechte Anbindung und Taktung, die unzureichende Abstimmung zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln und das fehlende Nachtangebot kritisiert.

Vergleichbare Lebensverhältnisse in Stadt und Land, das war vor allem ein Thema von Teilnehmern in ländlichen Gebieten. Sie sprachen konkret über eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die ärztliche Versorgung und eine leistungsstarke digitale Infrastruktur. Investitionsbedarf wurde insbesondere bei den Verkehrswegen gesehen. Die Privatisierung unterschiedlicher Güter der Daseinsvorsorge, das heißt der Wasser-, Strom oder Gasversorgung, wurde vereinzelt angesprochen und kritisch beurteilt.

Familie

Die Oberkategorie „**Familie**“ lag ebenfalls im Mittelfeld. Sie bezieht sich auf die Kernfamilie, enge Verwandte und Menschen, für die man rechtlich Verantwortung übernimmt wie z.B. Adoptivkinder. Hier wurden vorrangig die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**, die **finanzielle Unterstützung von Familien** und die **vor- und außerschulische Betreuung** thematisiert.

Mehr Flexibilität in Arbeitszeiten und -bedingungen sowie in der Kinderbetreuung würden nach Ansicht der Teilnehmer zu einer besseren **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** beitragen. Einer besseren **finanziellen Unterstützung von Familien** wurde ebenfalls eine hohe Bedeutung beigemessen. Die Bürgerinnen und Bürger sprachen zum Beispiel steuerliche Entlastungen sowie das Kinder- oder Elterngeld an.

Die **vor- und außerschulische Betreuung** war ein weiterer Schwerpunkt in der Oberkategorie „Familie“. Wichtig waren den Menschen Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung, z.B. in Kindertagesstätten und Horte, und eine gute Betreuungsqualität. Auch bei der Kinderbetreuung wurde vereinzelt auf einen Verbesserungsbedarf im ländlichen Raum hingewiesen.

Die **Förderung unterschiedlicher Familienmodelle** wurde in großer Vielfalt diskutiert – von der besseren Unterstützung von Alleinerziehenden (vorrangig im Online-Dialog) über gleichgeschlechtliche Partnerschaften bis hin zur Förderung von Mehrgenerationen-Modellen (vorrangig im Gruppen-Dialog).

Pflege war ebenfalls ein Thema in der Oberkategorie „Familie“, das aber insgesamt vergleichsweise selten angesprochen wurde. Bei den Teilnehmern wurden die unterschiedlichen Formen und Orte von Pflege deutlich: Einige befürworteten eine bessere Betreuung und mehr Zuwendung in den Pflegeheimen, während andere mehr Anerkennung für pflegende Angehörige und einen leichteren Zugang zu Leistungen der Pflegekasse zur Sprache brachten.

Einen inhaltlich engen Bezug zueinander haben die Oberkategorien „Soziale Beziehungen“, „Familie“ und „Toleranz und Integration“. In der wissenschaftlichen Auswertung wurden die Oberkategorien voneinander getrennt analysiert; zusammengenommen haben die Bürgerinnen und Bürger diesen Themen aber eine vergleichsweise hohe Bedeutung im Dialog beigemessen.

Subjektive Zufriedenheit

Die „**subjektive Zufriedenheit**“ gehörte zu den weniger intensiv diskutierten Oberkategorien des Dialogs. Sie bezieht sich vor allem auf das eigene Lebensglück der Menschen. Konkret sprachen sie die Aspekte an, **für sich selbst zu sorgen, Glück und Zufriedenheit zu empfinden** sowie positiv motiviert zu sein und Träume zu verwirklichen. Den Menschen war es wichtig, unbekümmert zu leben und eine positive Einstellung zum Leben zu haben. Genannt wurde auch die Anerkennung und Wertschätzung durch andere Menschen sowie die Bedeutung von Spiritualität und Religion für das Leben.⁴⁸

Altersvorsorge und soziale Sicherung

„**Altersvorsorge und soziale Sicherung**“ kamen eher selten zur Sprache. Besonders intensiv wurden in dieser Oberkategorie **sozialstaatliche Leistungen, materielle Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** sowie die **Zukunftsfähigkeit des Rentensystems** diskutiert.

Bezogen auf **sozialstaatliche Leistungen** waren die Beiträge der Teilnehmer eher allgemein gehalten. Die überwiegende Mehrheit schätzt den deutschen Sozialstaat dafür, dass man sich in Notlagen auf eine gute Absicherung verlassen kann. Konkret wurde auch die Erhöhung des Arbeitslosengelds II oder die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens angesprochen.

Vor allem im Alter wünschen sich die Menschen ein gutes Auskommen. Der **finanziellen Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** wurde im Dialog eine hohe Bedeutung beigemessen, die vor allem in Forderungen nach Rentenerhöhungen zum Ausdruck kam. Nur vereinzelt zur Sprache kamen die Grundsicherung im Alter, Hinzuverdienstgrenzen oder Fragen der Rentengerechtigkeit zwischen Renten und Pensionen sowie zwischen Ost und West.

Unter der **Zukunftsfähigkeit** des Rentensystems äußerten die Menschen die Erwartung, bei Renteneintritt eine eigene hohe Rente zu beziehen, aber auch ein Rentensystem zu haben, das für zukünftige Generationen finanzierbar bleibt. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre stieß eher auf Ablehnung, vereinzelt wurde der Wunsch nach einer Flexibilisierung des Renteneintritts geäußert.

Wohlstand

„**Wohlstand**“ gehörte ebenfalls zu den seltener diskutierten Oberkategorien. Diese quantitative Unterzeichnung ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass Wohlstandsaspekte vom wissenschaftlichen Auswerter auf mehrere Themenbereiche verteilt wurden: in der Oberkategorie „Arbeit“ im Sinne einer angemessenen Bezahlung, in der Oberkategorie „Altersvorsorge und soziale Sicherung“ mit Blick auf die materielle Absicherung im Alter oder in sozialen Notlagen (z.B. bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit) sowie in der Oberkategorie „Gerechtigkeit“. Dort zeigte sich eine starke Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Fasst man alle Aspekte in den unterschiedlichen Oberkategorien zusammen, so steigt die Bedeutung von „Wohlstand“ im Dialog deutlich.

Die häufigsten Themen in der Oberkategorie Wohlstand waren der **individuelle Wohlstand**, der **Lebensstandard in Deutschland** und der **globale Wohlstand**. Dabei war der individuelle Wohlstand der mit Abstand wichtigste Aspekt bei der Frage nach der persönlichen Lebensqualität. Es ging den Teilnehmern um finanzielle Sicherheit und ausreichend finanzielle Ressourcen, die für die Erfüllung kleiner Wünsche (z.B. der nächste Urlaub) oder auch größerer Anschaffungen (z.B. Erwerb eines Eigenheims) eingesetzt werden sollen. Die **Höhe der zu zahlenden Steuern** gehörte zu den spezifischen, aber selten genannten Aspekten in dieser Oberkategorie. Die Steuerlast wurde als zu hoch empfunden und Steuersenkungen gefordert.

Gesamtgesellschaftlich wurde „Wohlstand“ mit Blick auf den **Erhalt des erreichten Lebensstandards** in Deutschland diskutiert. Dieser wurde mehrheitlich als gut eingestuft. Eng damit verbunden ist die Sicherung des Lebensstandards für zukünftige Generationen. Ein stetiges Streben nach einem höheren BIP wurde eher kritisch gesehen.

Beim eher selten adressierten Aspekt des **globalen Wohlstands** wurde Deutschlands Verantwortung für Wohlstand in ärmeren Ländern beispielsweise im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit herausgestellt.

Kultur

„**Kultur**“ lag im hinteren Feld der diskutierten Themen. In dieser Oberkategorie ging es in erster Linie um die kritische Auseinandersetzung mit der **Vielfalt kultureller Einflüsse**. Teilnehmer äußerten ihre Angst vor kultureller Überfremdung und ihre Sorge um die kulturelle Identität Deutschlands. Besonders Teilnehmer im Individualdialog äußerten sich eher negativ, wohingegen die Teilnehmer im Gruppendialog dieses Thema eher neutral oder positiv diskutierten. Kulturelle Vielfalt wurde hier eher als Bereicherung empfunden und die Möglichkeit, von anderen Kulturen zu lernen, als Chance begriffen. Die Bewahrung der **deutschen Kultur**, zum Beispiel christlicher Werte, Tugenden und Traditionen wurde in dieser Oberkategorie ebenfalls viel diskutiert. Von Bedeutung für ihre Lebensqualität war den Teilnehmer auch ein vielfältiges und bezahlbares **kulturelles Angebot**. Freizeit und Sport, Museen und Galerien sowie Musik tragen zu einem guten Leben bei. Qualität und Vielfalt in der Medienlandschaft wurden positiv bewertet, wobei sich einige Teilnehmer besorgt über Unterhaltungsfernsehen und eine verzerrte Medien-Berichterstattung zeigten.

Wirtschaft

Die Oberkategorie „**Wirtschaft**“ lag ebenfalls im hinteren Feld der Wichtigkeit für die Teilnehmer. Hier wurde vor allem über die **Ausgestaltung des Wirtschaftssystems**, über **Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft** und über den **Konsumenten- und Verbraucherschutz** gesprochen.

Bezogen auf die **Ausgestaltung des Wirtschaftssystems** setzten sich die Teilnehmer am häufigsten ablehnend mit der Macht von Wirtschaftsinteressen und Lobbyisten auseinander. Einige übten Kritik am Kapitalismus allgemein. Auf große Skepsis stieß das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Die **soziale Marktwirtschaft** war das einzige Thema in diesem Bereich, das von den Bürgerinnen und Bürgern positiv mit Lebensqualität assoziiert wurde. Sie sollte ihrer Ansicht nach weiterentwickelt werden.

Unter **Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft** verstanden die Menschen konkret gute Wettbewerbsbedingungen, Investitionen in Technologie und Forschung, unternehmerische Freiräume für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die Förderung innovativer Ideen. Relativ häufig wurde ein **wirksamer Verbraucherschutz** thematisiert.

■ 3.2.2 Weitere Einsichten aus der wissenschaftlichen Analyse

Die Auswertung zeigt deutliche **Unterschiede bei den Schwerpunkten der Themen für das eigene Leben** (Frage eins) **oder für das gesellschaftliche Zusammenleben** (Frage zwei). Themen wie „Arbeit“ und „Gesundheit“ wurden von den Bürgern sowohl für das persönliche Leben als auch für die Lebensqualität in Deutschland eine hohe Bedeutung beigemessen. „Familie“ oder „Soziale Beziehungen“ waren in erster Linie persönlich wichtig. „Infrastruktur und Verkehr“ oder „Umwelt und Nachhaltigkeit“ wurden in Bezug auf ihren gesamtgesellschaftlichen Wert für Lebensqualität in Deutschland diskutiert.

Außerdem **unterscheiden sich die Schwerpunkte der Oberthemen nach Dialogtyp**, also zwischen den Gruppengesprächen und Einzelbeiträgen (Online-Dialog, Postkarten und Coupons). In beiden Dialogformen gehörten „Gesundheit“ und „Arbeit“ zu den wichtigsten Themen. Bei den Gruppendialogen lagen bei Frage zwei „Bildung“, „Gesundheit“ und „Arbeit“ im vorderen Feld wichtiger Themen. Bei Einzelbeiträgen hingegen waren es „Innere und äußere Sicherheit“, „Freiheit“ sowie „Demokratie und politischer Prozess“. Gruppendialoge diskutierten häufiger „Soziale Beziehungen“, Einzelbeiträge häufiger „Familie“. Während zwischen Gruppendialog und Einzelbeiträgen (Frage eins) sehr ähnlich diskutiert wurde, bestanden sehr deutliche Unterschiede bei der Diskussion von Frage zwei.

Unterschiede zwischen Gruppen- und Individualebene sind vermutlich darauf zurückzuführen, dass verschiedene Gruppen tendenziell unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten genutzt haben.⁴⁹ Aber auch die unterschiedlichen Dialogsituationen – öffentliche Gruppendiskussion gegenüber privaten Antworten Einzelner – hat sicherlich eine Rolle gespielt.

Während einige **Oberkategorien eher allgemein** diskutiert wurden, gingen die Gespräche **bei anderen ins Detail**. Rein rechnerisch entfallen auf jede Oberkategorie durchschnittlich gut acht Unterkategorien und 15 Unterfacetten. „Freiheit“ wurde lediglich durch drei Unterkategorien, „Demokratie und politischer Prozess“ hingegen durch vierzehn Unterkategorien beschrieben. „Gesundheit“ umfasste 35 spezifische Unterfacetten, wohingegen „Soziale Beziehungen“ nicht weiter ausdifferenziert wurde.

Die Ergebnisse zeigen, dass der **Dialogtyp den Grad der Ausdifferenzierung in den Antworten beeinflusste**. Während die Protokolle auf Gruppenebene die Ergebnisse einer dreistündigen Diskussion mehrerer Teilnehmer zusammenfassten, wurden auf den Postkarten und Coupons auch aus Platzgründen erwartungsgemäß häufig lediglich Schlagworte genannt (z.B. „Sicherheit“) ohne das Thema weiter zu spezifizieren.⁵⁰ Mit Abstand am häufigsten wurde hier „Gesundheit“ genannt. Damit hat jeder Zweite auf die Frage „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ geantwortet, ohne dies weiter auszuführen. In der Oberkategorie „Infrastruktur und Verkehr“ dagegen gab es fast ausschließlich spezifische Antworten im Individualdialog (97,1 Prozent).

Die offene Fragestellung des Bürgerdialogs hat den Bürgerinnen und Bürgern überlassen, ob sie lieber wenige Themen detailliert oder mehrere Themen eher oberflächlich ansprechen wollten. Wie stark ein Thema bzw. eine Oberkategorie im Kategoriensystem ausdifferenziert wurde, hängt allerdings nicht ausschließlich von der inhaltlichen

Tiefe der Diskussion und der Art der Beteiligung ab, sondern ebenso vom methodischen Vorgehen des unabhängigen wissenschaftlichen Auswerters.

■ 3.2.3 Wichtige Aspekte im Bürgerdialog

Innerhalb der Oberkategorien haben die Bürgerinnen und Bürger **fast 400 verschiedene Aspekte** angesprochen (141 Unterkategorien und 255 Unterfacetten). Welche dieser Aspekte besonders häufig genannt wurden und damit den Menschen sehr wichtig waren, zeigt Abbildung 8.

Für einen einfachen Überblick über die besonders wichtigen Aspekte wurden alle Unterkategorien und Unterfacetten getrennt für Frage eins und Frage zwei sowie für die Individual- und Gruppenebene nach der Zahl der Nennungen in eine Reihenfolge gebracht. Die so zugeordneten Ränge wurden aufaddiert und gemittelt, um so die wichtigsten Aspekte zu identifizieren. Von einer Gewichtung der Beiträge wurde aufgrund der unterschiedlichen Beteiligungsformate und Analyseebenen abgesehen. Für diese Art der Gewichtung gibt es kein etabliertes methodisches Standardverfahren. Jede Art der Gewichtung ist willkürlich und hat damit auch einen Einfluss auf das Ergebnis.⁵¹ Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Eine nähere Beschreibung der besonders wichtigen Aspekte findet sich im Bericht zur Lebensqualität in Deutschland.⁵²

Abbildung 8: Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog



■ IV. Entwicklung eines Berichts und Indikatoren-Systems für Lebensqualität

■ 4.1 Kriterien für die Auswahl der Indikatoren

Um Lebensqualität anschaulich darstellen und messbar machen zu können, braucht man **wissenschaftlich-statistische Hilfsmittel: Indikatoren**. Sie dienen dazu, wirtschaftliche, ökologische, soziale und politische Zustände und Prozesse zu beschreiben. Zudem zeigen sie, wie sich die Lebensqualität in bestimmten Bereichen bzw. Dimensionen entwickelt. In ihrer Gesamtheit bilden die thematisch teils sehr unterschiedlichen Indikatoren ein **Indikatoren-System**.

Ein wichtiges Ziel bei der Auswahl war eine möglichst bürgernahe Perspektive der Indikatoren, d.h. eine hohe Relevanz sowie Alltagsnähe aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Um ein möglichst vollständiges Bild von den einzelnen Dimensionen zu erhalten, mussten aber auch abstraktere Kennzahlen herangezogen werden. Darüber hinaus sollte die **Zahl der Indikatoren möglichst begrenzt** sein. Dadurch soll das Indikatoren-System als gesellschaftliches Zielsystem relevant, verständlich und übersichtlich sein und einen **fortgesetzten Dialog** in der Gesellschaft ermöglichen.

Bei der Auswahl der für Lebensqualität wichtigen Dimensionen und Indikatoren hat sich die Bundesregierung an **statistischen Qualitätskriterien**, am **Stand der wissenschaftlichen Forschung zur Lebensqualität**⁵³, an **nationalen und internationalen Referenzprojekten** zur Erfassung und Messung von Lebensqualität⁵⁴, vor allem aber an den **Ergebnissen des Bürgerdialogs** „Gut leben in Deutschland“ orientiert.

Lebensqualität im Bürgerdialog

Das Verständnis von Lebensqualität, wie es sich im **Bürgerdialog** darstellte und in der Auswertung erhoben wurde, bildet die Grundlage für die Auswahl der Dimensionen und Indikatoren. Die Dimensionen sollen alle für die Bürgerinnen und Bürger relevanten Themen abdecken. Zu diesem Zweck wurden die 17 Oberkategorien aus dem Bericht zur wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs weiter verdichtet, Redundanzen beseitigt und verwandte Themen zu zwölf Dimensionen zusammenge-

fasst. Bei der Auswahl der Indikatoren für jede Dimension wurde versucht, die im Dialog wichtigsten Aspekte des jeweiligen Themas so umfassend wie möglich zu erfassen.

Nationale und internationale Referenzprojekte

Berücksichtigung fanden bei der Auswahl der Dimensionen und Indikatoren zudem verschiedene Referenzprojekte. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene lokale, nationale und internationale Indikatoren-Systeme von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen entwickelt. Diese zeigen hinsichtlich der Dimensionen und Indikatoren eine relativ große Überschneidung.

Eine Besonderheit im hier vorgelegten Indikatoren-System stellen die Dimensionen „Frei und gleichberechtigt leben“ sowie „Zeit haben für Beruf und Familie“ dar. Die Bürgerinnen und Bürger haben im Dialog die Bedeutung dieser Themen für ihre Lebensqualität sehr stark hervorgehoben. In vorhandenen nationalen und internationalen Indikatoren-Systemen kommen diese Themen hingegen gar nicht vor oder werden nur von einzelnen Indikatoren teilweise abgebildet.

Dies liegt unter anderem daran, dass gerade die Themen Frieden, Freiheit, spezifische Freiheitsrechte und gute Regierungsführung („good governance“) zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zuverlässig gemessen werden können und geeignete Indikatoren erst noch entwickelt werden müssen. Fortschritte in der Wissenschaft und Statistik werden zeigen, ob es in der Zukunft möglich sein wird, der Komplexität dieser Themen mit Indikatoren gerecht zu werden.

Stand der wissenschaftlichen Forschung zur Lebensqualität

Das aus dem Bürgerdialog entwickelte Verständnis von Lebensqualität wurde schließlich um die Erkenntnisse der internationalen Lebensqualitätsforschung erweitert. In diesem seit Jahrzehnten etablierten und breiten Forschungsfeld gibt es eine unübersehbare Fülle an empirischer Evidenz. Das Forschungsfeld ist in hohem Maße interdisziplinär ausgerichtet und erstreckt sich von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zur Psychologie und den Neurowissenschaften. Bezüge zur Forschung können lediglich selektiv und cursorisch erfolgen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.⁵⁵

Statistische Qualitätskriterien

Für die Messung von Lebensqualität in Deutschland mittels Indikatoren hat die Bundesregierung **zentrale wissenschaftliche Gütekriterien** zugrunde gelegt. Die ausgewählten Indikatoren sollen die jeweils bestmögliche verfügbare Alternative zur Messung der vielfältigen Aspekte von Lebensqualität darstellen.

Die Indikatoren erfüllen die wissenschaftlichen Kriterien der **Validität und Reliabilität**. Damit wird sichergestellt, dass statistische Ergebnisse den mit der Datenerhebung intendierten Zweck erfüllen. Die statistische **Validität** hat verschiedene Ausprägungen. Im vorliegenden Indikatoren-System ist vor allem entscheidend, dass das zugrundeliegende Konzept (z.B. Gesundheit) durch den ausgewählten Indikator möglichst vollständig abgebildet und umschrieben wird (z.B. Lebenserwartung). **Reliabilität** beschreibt die Zuverlässigkeit der Messung und ist damit maßgeblich für die Aussagekraft der Indikatoren. In der amtlichen Statistik und in etablierten repräsentativen Befragungen wird die Reliabilität von Messinstrumenten im Vorfeld sorgfältig getestet.

Eine **konsistente Messung** macht Indikatoren über die Zeit vergleichbar und ermöglicht damit erst eine zuverlässige Beobachtung von Stabilität oder Wandel in verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität in Deutschland. Konsistenz ist gegeben, wenn das Erhebungsinstrument (z.B. der Fragebogen), die Zusammensetzung der Stichprobe und das methodische Vorgehen in der Berechnung der Indikatoren über die Zeit stabil sind. Ist die Methodik nicht über die Zeit vergleichbar, dann sind beobachtete Veränderungen eines Indikators nicht mehr eindeutig auf Veränderungen der Lebensqualität in den einzelnen Bereichen (z.B. in Folge von Verhaltensänderungen oder aufgrund der Wirkung politischer Maßnahmen) zurückzuführen. Konsistenz ist auch in den sozio-demografischen (z.B. Bildungsgruppen) und regionalen Differenzierungsmerkmalen (z.B. Raumordnungsregionen) wichtig.

Verfügbarkeit von Indikatoren bzw. von bürgernahen Indikatoren

Bestimmte, den Bürgern wichtige Themen können nach derzeitigem Stand nicht zufriedenstellend durch Indikatoren abgebildet werden. Entweder sind keine belastbaren Indikatoren verfügbar oder die vorhandenen Indikatoren

beschreiben das Thema unzureichend. In vereinzelten Fällen finden sich daher **Platzhalter** im Bericht wieder, die auf den Bedarf an Erhebung, Auswertung und Darstellung von Daten hinweisen.

Die Auswahl eines Indikators für einen Bereich kann den sehr unterschiedlichen individuellen Lebensverhältnissen nie gerecht werden. Das zeigt sich exemplarisch am Bereich Pflege: Was Pflegebedürftige unter Lebensqualität verstehen, unterscheidet sich von Mensch zu Mensch und hängt maßgeblich von der individuellen Pflegesituation ab. Es macht einen Unterschied, ob der Betroffene noch selbständig im eigenen Haushalt lebt und nur punktuell Unterstützung durch Familienangehörige oder einen ambulanten Pflegedienst braucht oder ob eine dauerhafte stationäre Pflege erforderlich ist. Ein Thema in all seinen Aspekten zu vertiefen, ist daher Aufgabe thematisch zugeschnittener Berichte der Bundesregierung.

Bürger- und alltagsnahe Indikatoren

Indikatoren, die Lebensqualität vor allem **aus der Perspektive des Bürgers** abbilden, sind eher neu. Sie sind weder Standard, noch gibt es eine große Fülle, aus der eine Auswahl getroffen werden konnte. In einigen Themenbereichen wird der individuelle Blick auf Lebensqualität in der Statistik und Wissenschaft im Gegensatz zur gesellschaftlichen Perspektive auf Gesamtaggregate noch nicht angemessen gewürdigt. Dies hat dem Prozess der **Auswahl deutliche Grenzen** gesetzt.

Die Bundesregierung wird prüfen, inwiefern die amtliche Statistik ausgebaut werden kann, bzw. wird sie den Kontakt mit der Wissenschaft, Verbänden etc. suchen, um die vorhandenen Lücken für den nächsten Bericht zu schließen.⁵⁶

Internationale Vergleichbarkeit

Die internationale Vergleichbarkeit ist ebenfalls ein wichtiges Kriterium, das auch auf einen Großteil der Indikatoren zutrifft (z.B. Lebenserwartung bei Geburt). Im vorliegenden Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland wurde den Kriterien der Bürger- und Alltagsnähe allerdings gegenüber dem Kriterium der internationalen Vergleichbarkeit der Vorrang eingeräumt. Einige internationale Indikatoren-Systeme ermöglichen bereits den Vergleich von Lebensqualität zwischen Ländern.⁵⁷

Aktualität der Indikatoren

Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger soll anhand möglichst **aktueller** Indikatoren beschrieben werden. Dabei kann es je nach Datenquelle zu zeitlichen Verzögerungen von zum Teil mehreren Jahren kommen. Im Regelfall ist die amtliche Statistik (z.B. Mikrozensus) Befragungsdaten (z.B. Sozio-oekonomisches Panel) in Sachen Aktualität voraus, da Befragungsinstitute für die Hochrechnung und Gewichtung ihrer Daten auf aktuelle Randverteilungen (z.B. nach Haushaltsgröße, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter) des Statistischen Bundesamtes angewiesen sind. Damit werden diese naturgemäß mit einem zeitlichen Abstand veröffentlicht. Einzelne Indikatoren werden zudem nicht jährlich erhoben, so dass einige Indikatoren auf zeitlich weiter zurückreichende Daten zurückgreifen müssen. Es ist jedoch geplant, die Indikatoren fortlaufend zu aktualisieren, das heißt bereits vor der Veröffentlichung des nächsten Berichts.

Entwicklung über Zeit

Das Indikatoren-System ist nicht nur eine Momentaufnahme für das Jahr 2015, sondern bildet die **Entwicklung des Indikators über die Zeit** ab. Auch wenn möglichst lange Zeitreihen der Indikatoren dargestellt werden sollten, wird von einer strikten Festlegung auf ein gemeinsames Basisjahr abgesehen. Der vorliegende Bericht nimmt vielfach das Jahr der deutschen Wiedervereinigung als Bezugspunkt. Aber nicht für alle Indikatoren liegen entsprechend lange Zeitreihen vor. Zeitreihen sind zudem nur sinnvoll, wenn sie einen Erkenntnisgewinn bieten. Eine strikte Festlegung auf ein gemeinsames Basisjahr hätte die Auswahl der Indikatoren begrenzt. Relativ neue Entwicklungen, wie z.B. der Ausbau des Breitbandinternets, der erst seit wenigen Jahren zuverlässig erhoben wird, wären damit als Indikatoren nicht in Frage gekommen.

Die hohe Zahl an Flüchtlingen, die in der jüngeren Vergangenheit nach Deutschland gekommen sind, werden einige der ausgewählten Indikatoren deutlich beeinflussen. In Einzelfällen sind größere statistische Brüche in den Zeitreihen möglich.

Kombination aus kurz-, mittel - und langfristigen Indikatoren

Indikatoren identifizieren **Handlungsfelder** für den Staat – vom Bund über die Bundesländer bis zu den Kommunen –, aber auch für Akteure in Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Sie machen Fortschritte messbar. Die Bürgerinnen und Bürger diskutierten im Dialog Lebensqualität vor allem im Hier und Jetzt des Jahres 2015. Diese eher kurz- und mittelfristige Perspektive bilden viele Indikatoren des vorliegenden Berichts ab. Für den Erhalt und die Verbesserung von Lebensqualität ist es notwendig, auch zukunftsgerichtete Kennzahlen zu integrieren. Mit Blick auf die Umsetzung der Agenda 2030 strebt die Bundesregierung bspw. bei der Weiterentwicklung der Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie das Zieljahr 2030 an.

Objektive und subjektive Indikatoren

Stand und Entwicklung der unterschiedlichen Dimensionen von Lebensqualität wird in erster Linie durch **objektive Indikatoren** gemessen. **Subjektive Indikatoren** werden nur dann berücksichtigt, wenn sie die Menschen im Dialog explizit erwähnt und besonders häufig angesprochen haben. Das trifft vor allem auf die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und das subjektive Gefühl von Sicherheit zu.

Ziel- und Struktur-Indikatoren

Zusätzlich zu Indikatoren mit dem Charakter von Ziel- bzw. Ergebnisgrößen beinhaltet das Indikatoren-System einzelne Indikatoren, die **Strukturen oder Verhältnisse** beschreiben. Sie sind weitgehend dem Einfluss politischer Maßnahmen entzogen bzw. sollten ihm entzogen sein. Sie sind aber relevant als Orientierungsrahmen für politisches Handeln. Dazu gehören zum Beispiel die Familien- und Haushaltstypen.

Input-Indikatoren

Selten wurden so genannte **Input-Indikatoren** ausgewählt, die beschreiben, wie viele Ressourcen die Politik oder andere Akteure in einem Bereich investieren, sei es finanziell, durch Personal oder auf andere Art. Der Fokus liegt auf den Indikatoren, die eher Ergebnis bzw. Resultat von Handeln bzw. Nicht-Handeln darstellen. Andererseits zeigen die Höhe von Aufwendungen die Prioritäten, die die Bundesregierung einzelnen Handlungsfeldern zuschreibt. Seit 2000 hat die Bundesregierung beispielsweise das Ziel formuliert, gemeinsam mit Bundesländern und der Wirtschaft drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dieses Ziel hat sie in den letzten Jahren nahezu erreicht. Demgegenüber muss die Bundesregierung für das Ziel, 0,7 Prozent des BIP in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, noch mehr tun. Im letzten

Fall kann durch die Wahl eines Input-Indikators zudem die global getragene Verantwortung im internationalen Vergleich gezeigt werden.

Querschnittsthemen

Einige Themen kamen im Dialog in unterschiedlichen Zusammenhängen zur Sprache. **Querschnittscharakter** haben die Themen Gerechtigkeit, Gleichstellung, Integration und Nachhaltigkeit. Gerechtigkeit und Gleichstellung erstreckten sich von gleichen Bildungschancen, einer Problematisierung der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, einer gerechten Bezahlung ohne Unterscheidung zwischen Männern und Frauen über Gerechtigkeit in der gesundheitlichen Versorgung von gesetzlich und privat Versicherten bis hin zu einem gleichwertigen Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in städtischen und ländlichen Gebieten.

Integration wurde mit Bezug zur Integration von Migranten im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt sowie der gesellschaftlichen Integration von Migranten durch bürgerschaftliches Engagement diskutiert. Nachhaltigkeit wurde unter anderem in Bezug auf die Energiewende, den Klimaschutz, die nachhaltige Produktion von Gütern oder nachhaltiges Wirtschaften allgemein angesprochen.

Querschnittsthemen werden **mittels eigener Indikatoren oder mittels sozio-demografischer Differenzierungen einzelner Indikatoren** berücksichtigt. Zum Beispiel wird die Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit mit je eigenen Indikatoren (Gini-Koeffizienten) abgebildet, Integration unter anderem durch die Erwerbstätigenquote oder die Bildungsbeteiligung von Migranten.

■ 4.2 Grundsätzliches zum Indikatoren-System

Für die Beschreibung von Lebensqualität steht eine Vielzahl von Indikatoren in der amtlichen Statistik und in Befragungsdaten zur Verfügung. Für die bessere Übersichtlichkeit und Nutzbarkeit des Indikatoren-Systems ist die **Anzahl der Dimensionen und Indikatoren begrenzt**. Das Indikatoren-System stellt die Vielfalt der Dimensionen und Aspekte von Lebensqualität dar, kann sie aber nicht umfänglich abbilden. Einige Indikatoren-Systeme, wie z.B. das italienische „Il Benessere Equo e Sostenibile in Italia“, enthalten weit über 100 Indikatoren. Dies geht je-

doch zu Lasten der Übersichtlichkeit, Kommunizierbarkeit und dem schnellen Erfassen von gesellschaftlichen und politischen Prioritäten. Das bedeutet, dass die ausgewählten **Indikatoren eine Dimension nur begrenzt abbilden können** und damit stellvertretend für wesentliche Aspekte in diesem Bereich stehen.

Das Indikatoren-System sollte in der Dimension „Gesund durchs Leben“ beispielsweise den Aspekt der individuellen Gesundheit abbilden. Er war den Menschen im Dialog wichtig, ist ein wesentlicher Aspekt der persönlichen Lebensqualität und hat zugleich einen Einfluss auf die Kosten der Gesundheitsversorgung der Versichertengemeinschaft. Einen individuellen Indikator in ein gesamtgesellschaftliches Indikatoren-System einer Regierung zu integrieren, ist daher vertretbar. Andererseits weist jeder Indikator Grenzen auf. Der Body Mass Index wurde gewählt, da das eigene Gewicht in der Regel – bei expliziter Anerkennung der Ausnahmen – individuell beeinflussbar ist. Zugleich hat sich hier in den letzten Jahren eine besorgniserregende Entwicklung vollzogen, auf die der Bericht aufmerksam machen will. Politik kann dies zugleich durch Information und Prävention unterstützen. Die Auswahl jedes Indikators beruht auf einer Abwägung mehrerer Kriterien.

Das Indikatoren-System stellt einen **Orientierungsrahmen für politisches Handeln** dar. Da sich mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen Prioritäten verschieben können, ist das Indikatoren-System **kein geschlossenes Zielsystem von Regierungshandeln**, sondern setzt **Prioritäten**, die für eine Weiterentwicklung offen sind.

Weil es in vielen Dimensionen ein Zusammenwirken von Maßnahmen und Akteuren erfordert, um Lebensqualität zu sichern und zu verbessern, richtet sich das Indikatoren-System nicht nur an staatliche Akteure. Denn so vielfältig die Ansatzpunkte und Maßnahmen sind, **so unterschiedlich sind auch meist die Akteure**, die es braucht, um Lebensqualität zu beeinflussen. Neben staatlichen Institutionen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sind das auch Verbände und Organisationen, politische Parteien, zivilgesellschaftliche Gruppen und Familien.

Die für den Bericht ausgewählten Dimensionen und Indikatoren stehen gleichberechtigt **ohne politische Gewichtung** nebeneinander. Alle Dimensionen von Lebensqualität sind wichtig und viele Dimensionen sind interdependent.

■ 4.3 Verbesserung der Datenerfassung und Datenverarbeitung

Die Daten hinter den Indikatoren des Berichts zur Lebensqualität in Deutschland sind bis auf wenige Ausnahmen **offene Daten**, so genannte Open Data. Die meisten stehen unter Lizenzen, die die Überprüfung und Wiederverwendung durch Wissenschaftler, Journalisten oder interessierte Bürger ermöglichen. Je mehr Datenangebote aus der Verwaltung, der Wissenschaft oder auch aus dem Privatsektor der Öffentlichkeit möglichst aktuell und maschinenlesbar zur Verfügung stehen, desto besser kann die Debatte zur Lebensqualität in Deutschland durch Daten und Fakten unterfüttert werden. Auch für die inhaltliche Weiterentwicklung der Indikatoren ist der offene Zugang zu einer großen Bandbreite an Datensätzen wichtig.

Aktualität der Daten

Bei vielen Indikatoren im Bericht zur Lebensqualität in Deutschland beziehen sich die aktuellsten Daten auf Erhebungen aus den Jahren 2012 oder 2013. Das liegt daran, dass die Durchführung und Auswertung von Befragungen viel Zeit in Anspruch nimmt. Durch so genanntes **Nowcasting** können Sozialwissenschaftler in vielen Fällen Modelle erstellen, die basierend auf der vergangenen Entwicklung Schätzungen zu den aktuellen Werten produzieren. Wenn sich die Forschung in diesem Bereich weiterentwickelt, könnten solche Methoden für zukünftige Berichte aktuellere Zahlen liefern.

-
- ¹ Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112>.
- ² Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ³ Diese Instrumente entwickelte Kuznets in den 1930er Jahren im Auftrag der US-Regierung als Mitarbeiter des National Bureau of Economic Research.
- ⁴ Meadows et al. (1972).
- ⁵ World Commission on Environment and Development (1987).
- ⁶ United Nations (2015).
- ⁷ OECD (2007).
- ⁸ Stiglitz et al. (2009).
- ⁹ United Nations Development Programme (1990). Der HDI wurde vom pakistanischen Ökonomen Mahbub ul Haq entwickelt, der eng mit dem indischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen zusammenarbeitete.
- ¹⁰ Australian Bureau of Statistics: Measures of Australia's Progress, <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/1370.0>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.
- ¹¹ OECD Better Life Index: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.
- ¹² OECD (2015).
- ¹³ Dunlop et al. (2012).
- ¹⁴ Zum ersten dieser Berichte mit Ausführungen zum Dialogprozess vgl. Office for National Statistics (2012).
- ¹⁵ Office for National Statistics: Well-being interactive content, <http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/interactive-content/index.html>, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016.
- ¹⁶ Für aktuellen Bericht vgl. Istituto nazionale di statistica (2015).
- ¹⁷ Europäische Kommission (2009).
- ¹⁸ Eurostat (2015).
- ¹⁹ Eurostat: Lebensqualität, http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.
- ²⁰ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010)
- ²¹ Deutscher Bundestag (2013).
- ²² Die aktuellen Versionen der genannten Berichte finden sich auf den Webseiten der betreffenden Ressorts. Zum in Entstehung befindlichen fünften Armuts- und Reichtumsbericht hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine eigene Webseite veröffentlicht: <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-fuenfte-Bericht/fuenfter-bericht.html>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.
- ²³ Hier werden jeweils im zweijährigen Wechsel kürzere Indikatoren- und umfassendere Fortschrittsberichte vorgelegt
- ²⁴ Koalitionsvertrag (2013).

- ²⁵ Bergheim (2014), S. 5.
- ²⁶ Zu einer vollständigen Liste aller Veranstaltungen vgl. Anlagen A 2.1-A 2.3.
- ²⁷ Dafür wurde ein externer Dienstleister gewonnen – die IFOK Kommunikations- und Strategieberatung. Zur Ergebnissicherung insgesamt vgl. Kap. III dieser Dokumentation.
- ²⁸ Vgl. hierzu den Bericht des Wissenschaftlichen Auswerter: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ²⁹ Vgl. Anlage A 2.4
- ³⁰ Vgl. Anlage A 2.5.
- ³¹ Für die Abgabe einer Online-Antwort war lediglich die Registrierung mit einer E-Mail-Adresse und einem selbst gewählten Nutzernamen nötig. Einen Screenshot einer Online-Antwort enthält Anlage A 3.1.
- ³² Ursprünglich gaben 2.653 Personen Antworten ab. Von diesen beantragten jedoch 39 Personen (1,5 Prozent) die Löschung ihrer Antwort, bei 92 Antworten (3,5 Prozent) lag ein Verstoß gegen die Benutzerregeln (rassistische Äußerungen oder Äußerungen, die gegen das Grundgesetz verstoßen) vor, so dass diese nicht veröffentlicht wurden.
- ³³ Postkarten und Coupons, die gegen die Benutzerregeln verstießen, offensichtlich nicht ernst gemeint oder nicht lesbar waren oder erst nach Abschluss des Bürgerdialogs im BPA eingingen, wurden nicht berücksichtigt. Zu Postkarte und Coupon vgl. Anlage A 3.2.
- ³⁴ Dazu zählten z.B. die Bürgerdialoge des Landes-SchülerRats Sachsen in Dresden am 13.06.2015, der VHS Leer am 7.09.2015 oder der Gesamtschule Alter Teichweg am 3.11.2015 in Hamburg.
- ³⁵ Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ³⁶ Dumm und Niekler (2015).
- ³⁷ Mit Text Mining lassen sich aus heterogenen und umfangreichen Texten Muster und Strukturen im Text erkennen. Hierzu werden computergestützte mathematisch-statistische und linguistische Verfahren miteinander kombiniert. Vgl. Lemke und Wiedemann (2015).
- ³⁸ Für eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens der Differenzanalyse und eine Darstellung des Referenzkorpus siehe die wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ³⁹ Der Begriff „signifikant“ ist in diesem Zusammenhang nicht im Sinne einer statistischen Signifikanz zu verstehen.
- ⁴⁰ Der eigene sozio-ökonomische Hintergrund oder die wissenschaftliche Sozialisation können zu subjektiven Wahrnehmungsfiltren führen, die die Zuordnung von Schlagwörtern zu Oberkategorien beeinflussen. Subjektive Wahrnehmungsfiltren können die Ergebnisse verzerren sowie die Kriterien der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit und Objektivierbarkeit verletzen.
- ⁴¹ Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ⁴² Die in jeder Oberkategorie angelegten Themenspeicher werden in dieser Übersicht nicht mitgezählt, da die hier gesammelten Themen nicht den Rang einer Unterkategorie oder Unterfacette erreicht haben. Außerdem wurden „Sonstige Themen“, die keine eigene Oberkategorie begründet haben oder keiner anderen Oberkategorie zugeordnet werden konnten, nicht mitgezählt.
- ⁴³ In den Analysen des wissenschaftlichen Auswerter wurde die quantitative Bedeutung der Unterkategorien sowohl als Anteil an allen „Antworten“ beziehungsweise Veranstaltungen (Zählweise eins) als auch als Anteil an allen „Nennungen“ (Zählweise zwei) ausgewiesen. Da das Ziel des Bürgerdialogs ein möglichst differenziertes Verständnis der Bürger von Lebensqualität war, stützt sich die Zusammenfassung der Ergebnisse auf den Anteil aller Nennungen.
- ⁴⁴ Für eine detaillierte Darstellung der Oberkategorien getrennt nach Dialogformen und Leitfragen des Bürgerdialogs vgl. die wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/24794576>.
- ⁴⁵ Themen beziehen sich auf die Ebene der Unterkategorien und Unterfacetten in der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs (vgl. Abschlussbericht). Die Abgrenzungen erfolgten auf Basis der Kriterien des unabhängigen wissenschaftlichen Auswerter und sind inhaltlich jedoch nicht immer trennscharf.
- ⁴⁶ Die Zusammenlegung der „inneren und äußeren Sicherheit“ ist dem methodischen Vorgehen des wissenschaftlichen Auswerter geschuldet.
- ⁴⁷ Die Themen „unabhängige Politik“, „transparente Politik“ und „Politikstil“ sind vom wissenschaftlichen Auswerter trotz großer inhaltlicher Überlappung getrennt voneinander kategorisiert worden.
- ⁴⁸ Dieses Themenfeld hat den stärksten Bezug zur so genannten Glücksforschung, die vor allem nach der subjektiven Lebenszufriedenheit der Menschen fragt, aber auch Kausalzusammenhänge zwischen Glück und Arbeit, Gesundheit etc. theoretisch und empirisch untersucht.
- ⁴⁹ Vgl. Kap. II.3 dieser Dokumentation.
- ⁵⁰ Die Vielzahl der besonders kurzen Antworten auf Postkarten ist auf den begrenzten Platz auf den Karten und die spezielle Situation beim Ausfüllen zurückzuführen. Die Teilnehmer haben die Antworten typischerweise bei Veranstaltungen der Bundesregierung (Tag der offenen Tür oder Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit) ausgefüllt.

⁵¹ Vgl. zur Gewichtung auch Kap. III.2.1 dieser Dokumentation.

⁵² Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112>.

⁵³ Einen aktuellen Überblick bietet Glatzer et al. (2015).

⁵⁴ Internationale und nationale Referenzprojekte finden sich in Kap. I.2 der vorliegenden Dokumentation.

⁵⁵ Siehe Literaturverzeichnis.

⁵⁶ Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112>.

⁵⁷ Beispielsweise der OECD Better Life Index: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016, vgl. Kapitel I.2.

Anhang

■ A 1 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats



Dr. Stefan Bergheim

Stefan Bergheim ist Gründer und ehrenamtlicher Direktor der gemeinnützigen Denkfabrik „Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“. Seit 2009 arbeitet das Netzwerk an neuen Wegen und Methoden, mit denen die Lebensqualität der Menschen in Deutschland verbessert werden kann.

Von 1995 bis 2008 war Stefan Bergheim im Bankensektor tätig. Der Volkswirt arbeitete einige Jahre als Konjunkturanalyst und wechselte zuletzt zu Deutsche Bank Research, wo er sich mit Themen wie Demografie, Bildung und Lebenszufriedenheit beschäftigte. Dort veröffentlichte er 2006 seine erste Studie „BIP allein macht nicht glücklich“. Als Leiter der Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“ war Bergheim 2011 und 2012 einer der Kern-Experten im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin. Zudem ist er Lehrbeauftragter an der Hochschule St. Gallen.



Dr. Heinz-Herbert Noll

Seit seiner Pensionierung 2014 ist der Soziologe Heinz-Herbert Noll als freiberuflicher Forscher und wissenschaftlicher Berater tätig. Zuletzt war er am Projekt „e-Frame – European Framework for Measuring Progress“ beteiligt. Als Teil eines europäischen Experten-Netzwerks engagiert sich Noll dafür, dass die Messung des Wohlbefindens stärker bei der Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt wird.

Von 1978 bis 1998 war er einer der Projektleiter der deutschen Wohlfahrtssurveys, der sechs repräsentativen Befragungen, die speziell für die Messung der individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität konzipiert wurden. Seit 1987 leitete er die Abteilung Soziale Indikatoren beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und seit 2008 das Zentrum für Sozialindikatoren-Forschung am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim.



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Christoph M. Schmidt ist seit März 2013 Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem er seit März 2009 angehört. Er ist seit 2002 Präsident des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen und Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum.

Er forscht zu Themen der angewandten Ökonometrie, nicht zuletzt im Bereich der Makroökonomik sowie der Energie-, Gesundheits- und Arbeitsmarktökonomik. Von 2011 bis 2012 war Christoph M. Schmidt Experte im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin, von 2011 bis 2013 Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages.



Dr. Susanne Schnorr-Bäcker

Susanne Schnorr-Bäcker leitet das Referat „Koordination, Regionalstatistik, Indikatoren“ im Statistischen Bundesamt. Ein bisheriger Arbeitsschwerpunkt der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlerin sind statistische Monitoring-Systeme, also die kennzahlengestützte Beobachtung.

Schnorr-Bäcker arbeitet derzeit an der Gestaltung von Indikatoren-Systemen für verschiedene Programme europäischer und globaler Institutionen mit. Für die Wachstumsstrategie der Europäischen Union, „Europa 2020“, den „Better Life Index“ der OECD und die Post-2015-Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen werden geeignete Sätze von Kennzahlen gesucht, die verschiedene, an sich nicht messbare Sachverhalte messbar machen sollen.



Prof. Dr. Gert G. Wagner

Gert G. Wagner ist Lehrstuhlinhaber für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Max Planck Fellow am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). Seit 2011 ist der Wissenschaftler Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Über 20 Jahre leitete er dort die Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).

Wagner ist Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung und Mitglied des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen, des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten sowie des Statistischen Beirats. Von 2011 bis 2013 war Wagner Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, des Deutschen Bundestages.



Prof. Dr. Sabine Walper

Sabine Walper ist Forschungsdirektorin am Deutschen Jugendinstitut und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Scheidungs- und Armutsforschung, Bildung und Erziehung in der Familie sowie Forschung zu Partnerschaftsbeziehungen.

Die Entwicklungs- und Familienpsychologin gehört mehreren Fachorganisationen und Beiräten an, zum Beispiel dem wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen am Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2012 hat Walper im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin als wissenschaftliche Koordinatorin des Themenbereichs „Wie wollen wir zusammen leben?“ und als Leiterin der Arbeitsgruppe „Familie“ mitgewirkt.

■ A 2 Bürgerdialog: Veranstaltungen

■ A 2.1 Begleitete Veranstaltungen

Institution	Datum	Ort
Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes	15.04.2015	82481 Mittenwald
Bundeswehr-Sozialwerk Bereichsgeschäftsführung Süd	15.04.2015	89081 Ulm
BMW Stiftung Herbert Quandt	22.04.2015	10117 Berlin
Deutscher LandFrauenverband	22.04.2015	10117 Berlin
Marktkirche Hannover	23.04.2015	30159 Hannover
Bundeswehr-Sozialwerk Bereichsgeschäftsführung West	25.04.2015	50321 Brühl
BMW Stiftung Herbert Quandt	27.04.2015	80538 München
Evangelisches Forum Bonn	27.04.2015	53111 Bonn
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Schleswig-Holstein	27.04.2015	25548 Kellinghusen
Deutsche UNESCO-Kommission Freiwilligendienst kulturweit	04.05.2015	39106 Magdeburg
Deutsche UNESCO-Kommission Freiwilligendienst kulturweit	04.05.2015	02826 Görlitz
LandFrauenverband Württemberg-Baden	04.05.2015	74363 Güglingen
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland - Bundesvorstand	05.05.2015	10405 Berlin
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen	05.05.2015	50676 Köln
dbb Beamtenbund und Tarifunion	07.05.2015	14469 Potsdam
Sozialdienst katholischer Frauen	07.05.2015	50676 Köln
VHS Frankfurt/Oder	08.05.2015	15230 Frankfurt/Oder
Deutschsprachiger Muslimkreis Berlin	09.05.2015	13359 Berlin
Naturpark - Verein Dübener Heide	09.05.2015	06905 Bad Schmiedeberg
Körper Stiftung	11.05.2015	20457 Hamburg

Institution	Datum	Ort
VHS PfalzAkademie	11.05.2015	67466 Lambrecht
Duderstadt 2020 GmbH & Co. KG, Stadtentwicklungsin- itiative Duderstadt2020, Heinz-Sielmann-Stiftung	20.05.2015	37115 Duderstadt
Forum Menschenrechte	20.05.2015	44625 Herne
Katholischer Deutscher Frauenbund Diözese Bistum Passau	21.05.2015	94136 Thyrnau
VHS Marl	21.05.2015	45768 Marl
Sozialverband Deutschland Landesverband Niedersachsen	29.05.2015	30539 Hannover
Zentrum für Affektive Neurowissenschaften Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Charité - Campus Benjamin Franklin	31.05.2015	10117 Berlin
Hessischer Bauernverband	02.06.2015	34369 Hofgeismar
Caritasverband Frankfurt	03.06.2015	60311 Frankfurt
dbb Beamtenbund und Tarifunion	03.06.2015	04356 Leipzig
Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes	04.06.2015	22043 Hamburg
Lessan e.V. / Plan International Deutschland	06.06.2015	20148 Hamburg
Naturpark - Verein Dübener Heide	06.06.2015	04849 Bad Dübén
Deutschlandstiftung Integration	11.06.2015	10969 Berlin
Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg	11.06.2015	35792 Löhnberg
VHS Duisburg	11.06.2015	47051 Duisburg
VHS Landshut	12.06.2015	84028 Landshut
LandesSchülerrat Sachsen	13.06.2015	01069 Dresden
Katholische Arbeitnehmerbewegung Bezirksverband Nordmünsterland	15.06.2015	48429 Rheine
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wolfsburg	16.06.2015	38448 Wolfsburg
Arbeiterwohlfahrt Berlin Kreisverband Südwest	17.06.2015	10781 Berlin

Institution	Datum	Ort
Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland	17.06.2015	19717 Berlin
Deutscher Musikrat	17.06.2015	10117 Berlin
Netzwerk für Demokratie und Courage	18.06.2015	01067 Dresden
EKD / Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Niederschönhausen - Friedenskirche	18.06.2015	13156 Berlin
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland	18.06.2015	66117 Saarbrücken
Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg	18.06.2015	35578 Wetzlar
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Schleswig-Holstein	19.06.2015	24943 Flensburg
ver.di	19.06.2015	50667 Köln
IG Bergbau, Chemie, Energie Landesbezirk Nordrhein	22.06.2015	51373 Leverkusen
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG	23.06.2015	36037 Fulda
Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland	23.06.2015	53227 Bonn
VHS Werra-Meißner, Standort Eschwege	23.06.2015	37269 Eschwege
Bucerius Law School Hochschule für Rechtswissenschaft gGmbH	24.06.2015	20355 Hamburg
Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen	24.06.2015	57610 Altenkirchen
VHS SüdOst	25.06.2015	85521 Ottobrunn
VHS Winnenden	29.06.2015	71364 Winnenden
Zentralverband des Deutschen Handwerks	29.06.2015	10117 Berlin
Deutscher Gewerkschaftsbund	30.06.2015	10178 Berlin
Kurpfälzisches Kammerorchester	30.06.2015	68161 Mannheim
VHS des Landkreises Fulda	30.06.2015	36037 Fulda

Institution	Datum	Ort
VHS des Landkreises Rostock, Regionalstandort Güstrow	30.06.2015	18273 Güstrow
Joblinge Initiative Leipzig	02.07.2015	04922 Leipzig
Slubfurt	03.07.2015	15230 Frankfurt/Oder
Arbeiter-Samariter-Bund NRW	03.07.2015	45143 Essen
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren- organisationen	04.07.2015	60327 Frankfurt a. Main
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland Landes- verband Saar	07.07.2015	66121 Saarbrücken
Sozialverband VdK Bayern Bezirksgeschäftsstelle Unterfranken	09.07.2015	97082 Würzburg
VHS Rhein-Pfalz-Kreis	16.07.2015	15806 Hochdorf-Assenheim
WEISSER RING	16.07.2015	55130 Mainz
Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland	22.07.2015	44803 Bochum
Karuna e.V. / Straßenkinder	08.08.2015	15868 Jamlitz
Seniorenheim Am Rosengarten	12.08.2015	15806 Zossen-Wünsdorf
Deutscher Naturschutzring in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt	01.09.2015	10405 Berlin
Kolpingfamilie Syke	03.09.2015	28857 Syke
VHS Worms	04.09.2015	67547 Worms
VHS Bergisch Gladbach	05.09.2015	51465 Bergisch Gladbach
VHS Leer	07.09.2015	26789 Leer
Sozial- und Seniorenzentrum Am Grünhofer Bogen	08.09.2015	18435 Stralsund
VHS Düsseldorf	08.09.2015	40227 Düsseldorf
Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen	09.09.2015	58239 Schwerte
VHS Rur-Eifel	09.09.2015	52351 Düren

Institution	Datum	Ort
VHS Teltow-Fläming	09.09.2015	14943 Luckenwalde
KVHS Vorpommern-Rügen	10.09.2015	18439 Stralsund
Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr	14.09.2015	96231 Bad Staffelstein
VHS Rhein-Pfalz-Kreis	14.09.2015	67117 Limburgerhof
VHS des Kreises Olpe	15.09.2015	57462 Olpe
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Singen-Hegau e.V und Konstanz	16.09.2015	78224 Singen
VHS Hochtaunus	17.09.2015	61440 Oberursel
VHS Böblingen-Sindelfingen	21.09.2015	71032 Böblingen
Lesben- und Schwulenverband Landesverband Nordrhein-Westfalen	22.09.2015	40210 Düsseldorf
Wirtschaftsrat der CDU Landesverband Sachsen	22.09.2015	01069 Dresden
VHS Calw	23.09.2015	75365 Calw
Stiftung der Deutschen Wirtschaft in Kooperation mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	25.09.201	60323 Frankfurt/Main
VHS Menden-Hemer-Balve	25.09.2015	58706 Menden
ZdK / Diözesanrat der Deutschen Katholiken im Bistum Eichstätt	26.09.2015	92339 Beilngries
VHS Gifhorn	29.09.2015	38518 Gifhorn
Freiherr-von-Schütz-Schule	30.09.2015	65520 Bad Camberg
VHS Duisburg	02.10.2015	47501 Duisburg
Rollstuhlbasketballer des USC München	03.10.2015	81547 München
ZWST / Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund	14.10.2015	44135 Dortmund
Katholikenrat Fulda	17.10.2015	36041 Fulda
Diakonissenanstalt EMMAUS	20.10.2015	02906 Niesky
Meet me in Mitte	28.10.2015	10117 Berlin
Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Sachsen	28.10.2015	01967 Dresden
Gesamtschule Alter Teichweg	03.11.2015	22049 Hamburg

■ A 2.2 Selbstständig durchgeführte Veranstaltungen

Institution	Datum	Ort
Initiative Bürgerstiftungen Haus Deutscher Stiftungen	19.04.2015	12051 Berlin
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Hauptverwaltung	19.04.2015	65527 Niedernhausen
Friedrich-Ebert-Stiftung	06.05.2015	10785 Berlin
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Betriebsräte Eurest	08.05.2015	65527 Niedernhausen
Bertelsmann Stiftung	08.05.2015	33311 Gütersloh
Konrad-Adenauer-Stiftung	03.06.2015	53757 Sankt Augustin
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Branchenseminar BR1	04.06.2015	65527 Niedernhausen
DBJR Deutscher Bundesjugendring	10.06.2015	10178 Berlin
Bertelsmann Stiftung	13.06.2015	33602 Bielefeld
Dr. Dieprand von Richthofen mit Familie und Freundeskreis	14.06.2015	10715 Berlin
EKD / CityKirche Konkordien	14.06.2015	68161 Mannheim
Bertelsmann Stiftung	16.06.2015	32758 Detmold
Konrad-Adenauer-Stiftung	19.06.2015	65185 Wiesbaden
Konrad-Adenauer-Stiftung	19.06.2015	99084 Erfurt
Heidelberger Forum für Kunst	20.06.2015	69117 Heidelberg
Friedrich-Ebert-Stiftung	26.06.2015	10557 Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung	30.06.2015	10785 Berlin
Konrad-Adenauer-Stiftung	01.07.2015	39104 Magdeburg
Diakonisches Werk Steglitz-Teltow-Zehlendorf in Kooperation mit der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband	03.07.2015	12203 Berlin

Institution	Datum	Ort
Friedrich-Ebert-Stiftung	06.07.2015	80336 München
Bayerische Landfrauenvereinigung des KDFB in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung	06.07.2015	83708 Wildbad Kreuth
Friedrich-Ebert-Stiftung	07.07.2015	14473 Potsdam
Konrad-Adenauer-Stiftung	08.07.2015	10785 Berlin
Deutscher Industrie- und Handelskammertag	09.07.2015	12529 Berlin-Schönefeld
Hanns-Seidel-Stiftung	11.07.2015	96231 Bad Staffelstein
Friedrich-Ebert-Stiftung	17.07.2015	93059 Regensburg
dbb Beamtenbund und Tarifunion	18.07.2015	10117 Berlin
Konrad-Adenauer-Stiftung	18.07.2015	70174 Stuttgart
Konrad-Adenauer-Stiftung	18.07.2015	55116 Mainz
HoT - Haus der offenen Tür Sinzig Katholische Kirchengemeinde St. Peter	21.07.2015	53489 Sinzig
Caritasverband Arnberg-Sundern	19.08.2015	59821 Arnberg
Konrad-Adenauer-Stiftung	04.09.2015	40213 Düsseldorf
Konrad-Adenauer-Stiftung	07.09.2015	28199 Bremen
VHS Castrop-Rauxel	15.09.2015	44575 Castrop-Rauxel
Deutscher Hebammenverband	16.09.2015	10559 Berlin
Bayerischer Hebammen Landesverband	18.09.2015	80331 München
Zukunftsstadtteil Institut Z	24.09.2015	47053 Duisburg-Hochfeld
Caritasverband für die Stadt Bonn Fachbereichsleitung Wohnungslosenhilfe	30.09.2015	53111 Bonn
Herrnhuter Diakonie in Kooperation mit der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband	01.10.2015	02747 Herrnhut
MAPP-Empowerment gGmbH - Programm ELTERN-AG	15.10.2015	39112 Magdeburg
Verband kinderreicher Familien Deutschland	20.10.2015	41063 Mönchengladbach
Konrad-Adenauer-Stiftung	21.10.2015	66117 Saarbrücken
Advisa	22.10.2015	21465 Reinbek
Konrad-Adenauer-Stiftung Thüringen	23.10.2015	99084 Erfurt
Verband kinderreicher Familien Bayern	26.10.2015	80339 München
Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH	27.10.2015	10247 Berlin
Konrad-Adenauer-Stiftung	30.10.2015	44141 Dortmund

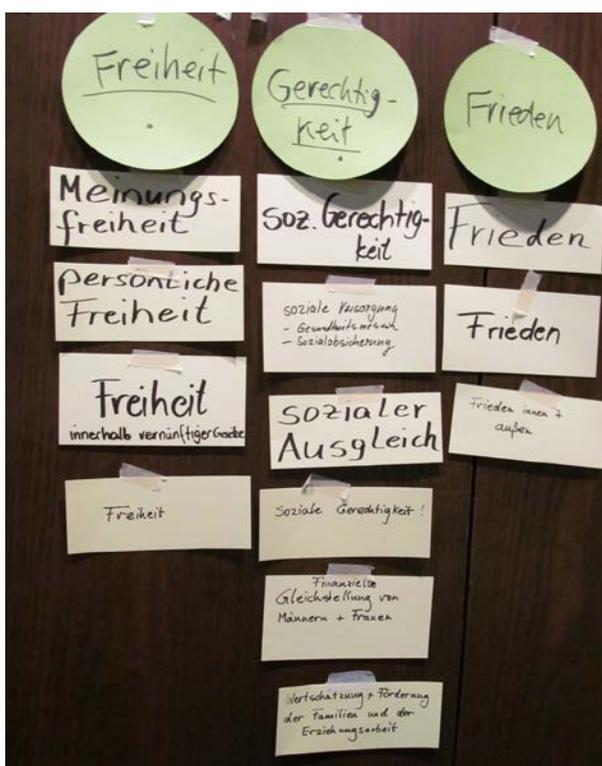
■ A 2.3 Bürgerdialoge der Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen und Bundesminister

Institution	Datum	Ort
Bundeskanzleramt	01.06.2015	10435 Berlin
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)	23.06.2015	06110 Halle an der Saale
BMEL	24.06.2015	37449 Zorge
BMWi	07.07.2015	39112 Magdeburg
BMUB	09.07.2015	56068 Koblenz
Bundeskanzleramt	15.07.2015	18059 Rostock
BMEL	17.07.2015	92444 Rötze
BMVg	21.07.2015	21339 Lüneburg
BMVI	22.07.2015	86159 Augsburg
BMEL	23.07.2015	88693 Deggenhausertal
BMVg	23.07.2015	89073 Ulm
BMG	27.07.2015	47805 Krefeld
BMG	28.07.2015	10117 Berlin
BMFSFJ	20.08.2015	67063 Ludwigshafen
BMWi	24.08.2015	07743 Jena
Bundeskanzleramt	25.08.2015	47169 Duisburg
BMJV	25.08.2015	53177 Bonn
BMAS	31.08.2015	45309 Essen
BMZ	31.08.2015	85354 Freising

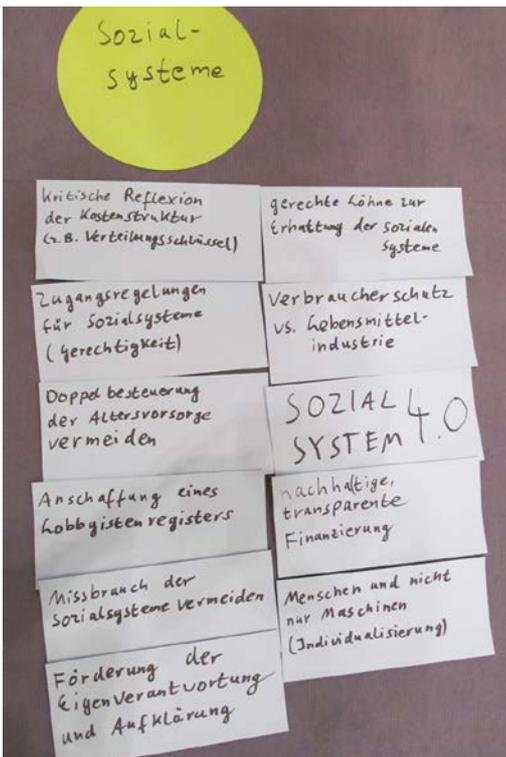
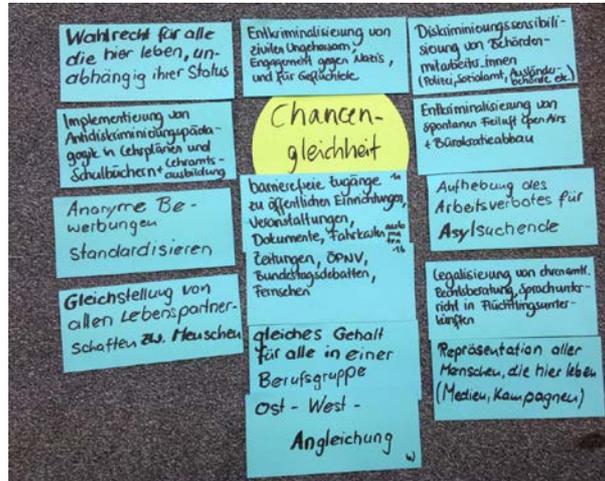
Institution	Datum	Ort
BMW <i>i</i>	01.09.2015	50677 Köln
BMZ	01.09.2015	15370 Fredersdorf- Vogelsdorf
BMVI	03.09.2015	14467 Potsdam
BMEL	04.09.2015	66909 Quirnbach
BMJV	04.09.2015	76863 Herxheim
BMUB	07.09.2015	12359 Berlin
BMBF	08.09.2015	10117 Berlin
Auswärtiges Amt	14.09.2015	14776 Brandenburg an der Havel
BMF	14.09.2015	10117 Berlin
BMEL	16.09.2015	39579 Kläden
BMJV	16.09.2015	66740 Saarlouis
BMEL	17.09.2015	23863 Bargfeld-Stegen
BMAS	17.09.2015	78464 Konstanz
BMW <i>i</i>	23.09.2015	65929 Frankfurt/Main
BMI	30.09.2015	53113 Bonn
BMFSFJ	01.10.2015	10245 Berlin
BMUB	02.10.2015	29525 Uelzen
BMI	05.10.2015	70174 Stuttgart
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	07.10.2015	10435 Berlin
BMEL	08.10.2015	34434 Borgentreich

Institution	Datum	Ort
BMEL	09.10.2015	26899 Rhede/Ems
BMAS	09.10.2015	55116 Mainz
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	09.10.2015	20457 Hamburg
Auswärtiges Amt	14.10.2015	10117 Berlin
BMI	16.10.2015	01662 Meißen
BMEL	23.10.2015	17309 Jatznick
BMF	23.10.2015	77652 Offenburg
Bundeskanzleramt	26.10.2015	90403 Nürnberg
BMEL	28.10.2015	08538 Weischlitz
BMG	28.10.2015	06846 Dessau-Roßlau
BMFSFJ	13.11.2015	19053 Schwerin

Beispielhaftes Fotoprotokoll zu Frage 2: „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“
 (Veranstaltung der Diakonissenanstalt EMMAUS am 20.10.2015 in Niesky (oben links) sowie der Volkshochschule Rhein-
 Pfalz-Kreis am 14.09.2015 in Limburgerhof)



Beispielhaftes Fotoprotokoll zu Frage 3: „Was bedeutet Lebensqualität in diesem Bereich für Sie konkret?“
 (Veranstaltung des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. am 18.06.2015 in Dresden (oben rechts) sowie der Volkshochschule Rhein-Pfalz-Kreis am 14.09.2015 in Limburgerhof)



■ A 2.5 Rückmeldebogen



Die
Bundesregierung



**GUT LEBEN IN
DEUTSCHLAND**
Was uns wichtig ist

Rückmeldebogen

Ihre Antworten sind freiwillig und müssen nicht vollständig sein.

1. Allgemeine Informationen

Veranstaltungsort/Bundesland:

Datum:

Veranstalter:

Moderatorin/Moderator:

2. Erwartungen

Welche konkreten Erwartungen hatten Sie an die Veranstaltung?



.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Sind Ihre Erwartungen erfüllt worden?

ja
 eher ja
 eher nein
 nein



3. Themen

Was war heute für Sie das wichtigste Thema?



.....

.....

.....

Konnten Sie die Themen und Anliegen einbringen, die Ihnen wichtig sind?

- ja eher ja eher nein nein

Welches Thema fehlte Ihnen? Was ist zu kurz gekommen?



.....

.....

.....

4. Art und Moderation der Veranstaltung

Hat Ihnen die Veranstaltung gefallen?

- ja eher ja eher nein nein

Hat Ihnen die Moderation gefallen?

- ja eher ja eher nein nein

Haben Sie noch weitere Anmerkungen für den Veranstalter?



.....

.....



Rückmeldebogen

Seite 3

5. Gesamtbewertung und Ausblick

Sind Sie zufrieden mit dem Bürgerdialog insgesamt?

- ja
 eher ja
 eher nein
 nein

Was wünschen Sie sich vom weiteren Prozess?



.....

.....

.....

6. Zu Ihrer Person

Wann wurden Sie geboren?

- vor 1940
 zwischen 1961 und 1970
 zwischen 1991 und 2000
 zwischen 1940 und 1950
 zwischen 1971 und 1980
 nach 2000
 zwischen 1951 und 1960
 zwischen 1981 und 1990

Sie sind ...

- männlich
 weiblich

Was ist Ihr höchster Abschluss? Bitte nur eine Angabe!

- Hochschulabschluss oder Meister/Techniker
 kein Hauptschulabschluss und kein beruflicher Abschluss
 abgeschlossene Lehre/Hochschulreife
 Schüler in der gymnasialen Oberstufe
 Hauptschulabschluss/Realschulabschluss und kein beruflicher Abschluss
 Schüler in Klasse 1 bis 10

Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken!

Bitte geben Sie den Rückmeldebogen beim Verlassen der Veranstaltung ab.

■ A 3 Bürgerdialog: Webseite, Postkarten und Coupons

■ A 3.1 Screenshot Webseite

The screenshot shows the top navigation bar of the website with links for 'ZUR BUNDESREGIERUNG', 'GEBÄRDENSPRACHE', 'LEICHTE SPRACHE', 'REGELN', 'KONTAKT', and 'ENGLISH'. A search bar contains the text 'Suchbegriff'. The logo for 'Die Bundesregierung' is on the left, and the logo for 'GUT LEBEN IN DEUTSCHLAND' with the tagline 'Was uns wichtig ist' is on the right. A secondary navigation bar includes 'Über den Dialog', 'Antworten' (highlighted in red), 'Veranstaltungen', 'Aktuelles', 'Mediathek', and 'Anmelden'.

The main content area has a light green header with the text 'Das haben Sie geantwortet'. Below this is a grey navigation bar with three buttons: 'VORHERIGE ANTWORT' (with a left arrow), 'ZUR ÜBERSICHT' (highlighted in red), and 'NÄCHSTE ANTWORT' (with a right arrow).

The main content displays a user response from 'Big Bang Theory' dated '14.04.2015 um 12:10 Uhr'. The question is 'Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?'. The user's answer is: 'Freiheit, meine Möglichkeiten auszuschöpfen'. The full text of the answer is: 'Ich brauche Möglichkeiten, meine Neugier und Wissbegierigkeit ausleben zu können: Weiterbildung, die nicht nach der Uni aufhört! Ich möchte weiterkommen und trotzdem Zeit mit der Familie verbringen können, ohne dabei am Hungertuch zu nagen. Es bedarf nicht viel um glücklich zu sein, außer Bildung, eine Berufung, Natur, ein wenig Reserven und einer intakten Familie!'.

■ A 3.2 Postkarte und Coupon



Die Bundesregierung

GUT LEBEN IN DEUTSCHLAND
Was uns wichtig ist

Gebühr bezahlt Empfänger

Freiwillige Angaben zur Person

Geburtsjahr

Sie sind...

Frau Mann

Schulabschluss

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Redaktion „Gut leben in Deutschland“

11044 Berlin

Gutes Leben – was heißt das?
See, Sonne, Urlaub und möglichst oft auf der faulen Haut liegen?

Jetzt mal im Ernst:

Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben? Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?
Jedem dürfte zu diesen beiden Fragen etwas einfallen.

Die Bundesregierung interessiert sich sehr dafür, was Sie antworten. Unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ finden bundesweit Bürgerdialoge statt. Wissenschaftler werden die Antworten auswerten, die Bundesregierung will daraus einen Bericht, ein Indikatoren-System und einen Aktionsplan entwickeln – für noch mehr Lebensqualität in Deutschland.

Auch Sie sind herzlich eingeladen, sich an diesem Dialog zu beteiligen. Sie können Ihre Antworten unter www.gut-leben-in-deutschland.de geben, oder Sie füllen die Postkarte aus und schicken Sie uns.

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten!

Bitte hier abtrennen

Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?

Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?



SO BLEIBEN SIE STÄNDIG AUF DEM LAUFENDEN

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich über die Politik der Bundesregierung zu informieren. Zum Beispiel mit der Regierungs-App, mit dem Newsletter „Bundesregierung aktuell“, über Facebook – oder Sie folgen dem Regierungssprecher auf Twitter:

- 📄 www.bundesregierung.de/regierungs-app
- 📄 www.bundesregierung.de/newsletter
- 📄 www.twitter.com/regsprecher
- 📄 www.facebook.com/bundesregierung

Gutes Leben – was heißt das?

See, Sonne, Urlaub und möglichst oft auf der faulen Haut liegen? Jetzt mal im Ernst:

Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben? Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus? Jedem dürfte zu diesen beiden Fragen etwas einfallen.

Die Bundesregierung interessiert sich sehr dafür, was Sie antworten. Unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ finden bundesweit Bürgerdialoge statt. Wissenschaftler werden die Antworten auswerten, die Bundesregierung will daraus einen Bericht, ein sogenanntes Indikatoren-System zur Messung der Lebensqualität und einen Aktionsplan entwickeln.

Auch Sie sind herzlich eingeladen, sich an diesem Dialog zu beteiligen. Sie können Ihre Antworten unter www.gut-leben-in-deutschland.de geben, oder Sie füllen den Coupon aus, kleben ihn auf eine Postkarte und schicken sie an: **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Redaktion „Gut leben in Deutschland“, 11044 Berlin.**

Einsendeschluss ist der **31. Oktober 2015**.
Wir sind gespannt auf Ihre Antworten!



Coupon:

Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?

Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?

Freiwillige Angaben zur Person

Geburtsjahr

Sie sind ... Frau Mann

Bildungsabschluss

■ A 4 Links zu ausgewählten Indikatoren-Systemen

Human Development Index

<http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi> (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Measures of Australia's Progress

<http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/1370.0> (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Better Life Index der OECD

<http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/> (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Humankind Index für Schottland

<http://www.oxfam.org.uk/scotland/blog/2012/04/what-makes-scotland-happy>(zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Measuring National Well-Being, Vereinigtes Königreich

<https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/wellbeing> (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Il Benessere Equo e Sostenibile, Italien

<http://www.istat.it/it/archivio/175169> (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

Quality of Life – Facts and Views

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Quality_of_life_indicators (zuletzt aufgerufen am 26.04.2016)

■ A 5 Literaturverzeichnis

Australian Bureau of Statistics: Measures of Australia's Progress, <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/1370.0>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.

Bergheim, S. (2014): Zehn Schritte zum Erfolg. Lebensqualitätsprozesse – ein Handbuch. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt: Frankfurt.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Armuts- und Reichtumsbericht, <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-fuenfte-Bericht/fuenfter-bericht.html>

Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht, BT-Drucksache: 17/13300.

Dumm, S. und Niekler, A. (2015): Methoden, Qualitätssicherung und Forschungsdesign. Diskurs- und Inhaltsanalyse zwischen Sozialwissenschaften und automatischer Sprachverarbeitung. In: Lemke, M. und Wiedemann, G. (Hrsg.): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Springer VS: Wiesbaden, S. 89-116.

Dunlop, S., Swales, K. und Trebeck, K. (2012): The Oxfam Humankind Index for Scotland: First Results, http://policy-practice.oxfam.org.uk/blog/2012/05//~/media/Files/policy_and_practice/poverty_in_uk/HKI/HKI%20results%20April%202012.ashx, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016.

Europäische Kommission (2009): Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Europäische Kommission: Brüssel, <http://eurlex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009DC0433&from=EN> zuletzt aufgerufen am 29.02.2016.

Eurostat (2015): Quality of Life: Facts and Views. Publications Office of the European Union: Luxembourg, <http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-statistical-books/-/KS-05-14-073>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.

Eurostat: Lebensqualität, http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.

Glatzer, W., Camfield, L., Møller, V. und Rojas, M. (Hrsg.) (2015): Global Handbook of Quality of Life: Exploration of Well-being of Nations and Continents. Springer: Niederlande.

Istituto nazionale di statistica (2015): bes 2015 – Il Benessere Equo e Sostenibile in Italia. Istituto nazionale di statistica: Rom, http://www.istat.it/it/files/2015/12/Rapporto_BES_2015.pdf, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.

Koalitionsvertrag (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“, 18. Legislaturperiode.

Lemke, M. und Wiedemann, G. (2015): Einleitung Text Mining in den Sozialwissenschaften. In: Lemke, M. und Wiedemann, G. (Hrsg.): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Springer VS: Wiesbaden, S. 1-16.

- Meadows, D.L., Meadows, D.H., Zahn, E. und Milling, P. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart.
- OECD (2007): Istanbul Declaration, OECD 2nd World Forum – Measuring and Fostering the Progress of Societies: Istanbul, <http://www.oecd.org/newsroom/38883774.pdf>, zuletzt aufgerufen am 18.02.2016.
- OECD (2015): How's Life? 2015: Measuring Well-being. OECD Publishing: Paris.
- OECD: OECD Better Life Index, <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>, zuletzt aufgerufen am 27.01.2016.
- Office for National Statistics (2012): Measuring National Well-Being: Life in the UK, 2012. Office for National Statistics: Vereinigtes Königreich, http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171766_287415.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016.
- Office for National Statistics: Well-being interactive content, <http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/well-being/interactive-content/index.html>, zuletzt aufgerufen am 26.01.2016.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des deutsch-französischen Ministerrates. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/ Statistisches Bundesamt: Wiesbaden und Conseil d'Analyse Économique: Paris.
- Stiglitz, J., Sen, A. und Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- United Nations Development Programme (1990): Human Development Report 1990. Oxford University Press: New York und Oxford.
- United Nations (2015): Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. Vereinte Nationen: New York City.
- World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Report of the World Commission on Environment and Development. Vereinte Nationen: New York City.

■ A 6 Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

a) Abbildungen

Nr.	Inhalt	Seite
1	Indikatoren-System zur Lebensqualität in Deutschland	2/3
2	Aggregierter Index vs. Indikatoren-Systeme	8
3	Die Formate des Bürgerdialogs im Überblick	12
4	Podiumsdiskussion bei der Auftaktveranstaltung zum Bürgerdialog am 13. April 2015 in Berlin	13
5	Die Dialogorte	13
6	Tischdiskussion beim Bürgerdialog an der Freiherr-von-Schütz-Schule in Bad Camberg am 30. September 2015	14
7	Die 17 Oberkategorien des Bürgerdialogs	21
8	Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog	29

b) Tabellen

Nr.	Inhalt	Seite
1	Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Dialogveranstaltungen	14
2	Beteiligungsformate und Altersstruktur	15
3	Beteiligungsformate und Geschlechterstruktur	15
4	Beteiligungsformate und Bildungsabschluss	16
5	Erfasste Daten und Analyseebenen des Bürgerdialogs	18

■ A 7 Abkürzungsverzeichnis

ABS	Australisches Statistikamt („Australian Bureau of Statistics“)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAE	Rat für wirtschaftliche Analyse („Conseil d'Analyse Économique“)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistikamt der Europäischen Kommission
HDI	Index der menschlichen Entwicklung („Human Development Index“)
HKI	Menschheitsindex („Humankind Index“)
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
JWB	Jahreswirtschaftsbericht
MDG	Millenium Entwicklungsziel („Millenium Development Goal“)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (organisation for Economic Co-operation and Development)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SDG	Ziel nachhaltiger Entwicklung („Sustainable Development Goal“)
SGR	Sozioökonomische Gesamtrechnung
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft („Transatlantic Trade and Investment Partnership“)
UGR	Umweltökonomische Gesamtrechnung
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen („United Nations Development Programme“)
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Impressum

Herausgeber

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
11044 Berlin

Koordination

Bundeskanzleramt, Stab Politische Planung, Grundsatzfragen
und Sonderaufgaben und Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie, Leitungs- und Planungsabteilung

Stand

Oktober 2016

Gestaltung

UVA Kommunikation und Medien GmbH
14482 Potsdam

Bildnachweis

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Kugler (S. 17),
Loos (S. 40-42)
Martin Leissl (S. 18)
Bundesregierung/IFOK GmbH (S. 53-55)

Internet

Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland:
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/18795112](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112).

Dokumentation zur Regierungsstrategie:
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/20323684](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/20323684).

Diskussionsbeiträge des wissenschaftlichen Beirats:
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/22776672](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/22776672).

Government Report on Wellbeing in Germany
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/19335258](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/19335258)

Documentation of Government Strategy on Wellbeing
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/21426409](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/21426409)

Essays of the Scientific Advisory Board
[https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/
PL/23350043](https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/23350043)